

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt und Montag als Abendblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Die Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juli 4.— Mk. im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unser Streifenbogen besorgen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Rußlands 88.— Mk. für das übrige Ausland 110.— Mk.

Die unregelmäßige Nummernfolge über deren Namen folgt 25.— Mk. einjährliche Infanterie, kleine Placate: Das letzte Radie Wort 4.— Mk. jedes weitere Wort 1.— Mk. einjährliche Infanterie, unregelmäßige Nummern zum Zeit. Familien-Anzeiger und Frauen-Welt 10.— Mk. jedes weitere Wort 2.— Mk. Redaktion: Fernsprecher Npl. 4167, 4391, u. 159 97. Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um das Stundungsgefuhr

Eine Fühlungnahme Englands?

(W.B.) Paris, 15. Juli. Der Temps glaubt auf Grund von Mitteilungen seines Londoner Korrespondenten folgendes Programm für die Verhandlungen über die letzte deutsche Note an die Reparationskommission mitteilen zu können:

1. Etappe: Die Reparationskommission wird nach dem Studium des Berichtes des Garantieausschusses mit Stimmenmehrheit Deutschland das verlangte Moratorium gewähren.

2. Etappe: Nach dieser Entscheidung wird gegen Ende Juli die britische und die französische Regierung in London beraten und England wird seinen Alliierten einen teilweisen oder ganzen Erlaß der bei ihm während des Krieges kontrahierten Schulden vorschlagen.

3. Etappe: Die Bankierkonferenz wird sich aufs neue zusammensetzen, um eine Anleihe vorzubereiten.

Der Temps glaubt nicht, daß die französische Regierung jemals Mitteilungen eines solchen Planes erhalten habe. Nach seiner Ansicht würde Deutschland durch die Erlangung des Moratoriums einen finanziellen und politischen Erfolg erzielen, und dann bliebe Frankreich immer noch mit seiner Schuld gegenüber England belastet. Es könnten also zwischen Lloyd George und Poincaré keine Verhandlungen auf gleichem Fuße eingeleitet werden, weil Lloyd George gegen Frankreich das Moratorium zum Siege geführt haben würde, während Poincaré sich gegenüber England in der Lage eines Schuldners befände. Frankreich würde also durch einen endgültigen Zahlungsplan gebunden sein, während Deutschland es nicht sei.

Wenn Lloyd George den gesamten Erlaß der englischen Forderungen vorschlägt, werde er auch verlangen, daß alle deutschen Pfänder einem internationalen Syndikat von Geldgebern ausgeliefert würden sowie, daß die militärische Befestigung baldigt ein Ende nehme und eine spätere Aktion einer oder mehrerer verbündeter Regierungen ausgeschlossen sei. Werde Frankreich ähnliche Bedingungen nicht annehmen, dann werde man ihm zu verstehen geben, daß seine Weigerung die nächste Zusammenkunft der Bankiers verhinere. Man werde ihm erklären, daß es die Verantwortung auf sich nehme, die Reparationsanleihe zu durchkreuzen und man werde von einer kleinen Anleihe sprechen, die einzig und allein die belgische Priorität bede. Durch diese folte und warme Dusch, also durch Drohungen und Angebote, werde man Frankreich der Vorrechte berauben, die es in der Zukunft ausüben könne.

Der Temps sagt schließlich, daß nach seiner Ansicht das Moratorium auf Grund des § 13, Anhang 2 zu Artikel 234 nicht durch Mehrheitsbeschluß gewährt werden könne, und betont, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und Lloyd George schon in Aussicht genommen wäre. Wenn die Reparationskommission das Moratorium gegen die Stimme Frankreichs bewilligen würde, über welche Entscheidung könnten sich wohl die beiden Regierungschefs dann noch zu verständigen haben?

Das Garantiekomitee hat seine Arbeiten in Berlin beendet und wird heute nach Paris zurückkehren. Bei den gemeinsamen Beratungen mit der deutschen Regierung ist von sich über eine Anzahl von Gesetzentwürfen einig geworden, die die Reichsregierung in nächster Zeit durchzuführen sich verpflichtet hat.

großen Lastenautomobilien fortgeschafft worden und ist bis heute verschwunden. Die Interalliierte Militär-Kontrollkommission verlangt nun von der deutschen Regierung die Wiederherbeischaffung dieses Materials.

Der Völkerbundsrat sagt wieder

CP. London, 15. Juli. Am Montag wird hier die nächste Sitzung des Völkerbundsrates unter dem Vorsitz von Valfour eröffnet werden. In erster Linie wird er sich mit dem englischen Mandat über Palästina und dem französischen Mandat über Syrien beschäftigen.

Die Russen wollen weiter verhandeln

(CP.) Haag, 15. Juli. Die russische Delegation ist heute noch nicht abgereist. Sie hat im Gegenteil Verhandlung erhalten durch den aus Berlin angekommenen Architekt. Der Vertreter des Büros Europapress hatte heute eine Unterredung mit einem Mitglied der russischen Delegation. Der Besagte äußerte die Ansicht, daß die russische Delegation die Verhandlungen als noch nicht beendet betrachte. Es sei nicht gerade nötig, daß die Fortsetzung der Verhandlungen im Haag stattfindet, sie könnten auch in irgendeiner anderen Stadt, vielleicht Moskau, fortgesetzt werden. Auf die weitere Frage, ob die Russen eine allgemeine Konferenz oder Einzelbesprechungen im Sinne hätten, erklärte das Mitglied der russischen Delegation, daß Rußland zu jeder Art von Verhandlungen bereit sei.

Neue Verbote und Auflösungen

Magdeburg, 15. Juli. Oberpräsident Hörsing hat die Magdeburgerische Zeitung wegen eines Artikels auf 14 Tage verboten.

Hamburg, 15. Juli. Die Disziplin-Gruppe Hamburg des Reichsbundes ehemaliger Kadetten ist von der Polizeibehörde aufgelöst worden.

Deutschnationale Anfragen-Manie

Die Deutschnationale Volkspartei, die stets die Notwendigkeit der Sozialpolitik betont, hat von allen politischen Parteien bei weitem die meisten Kleinen Anfragen an die Reichsregierung gerichtet, nämlich 502. Da jede Kleine Anfrage 1000.— Mark Umlaufkosten erfordert, hat die Anfragesumme der Deutschnationalen dem Reich über 500 000 Mark gekostet.

Ein Bürgerblock?

Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat in einem Teil des bürgerlichen Lagers Wut ausgelöst. Namentlich sind es die Organe der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, die die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft dazu beantragen möchten, um das Bürgertum und die bürgerlichen Parteien zu einem ähnlichen Schritt zu veranlassen. Die „Tägliche Rundschau“, das Organ für die Gebildeten aller Stände, schreibt zum Beispiel:

„In der augenblicklichen Situation bedeutet dieses Bündnis allerdings unter allen Umständen eine Gefahr für das Bürgertum, deren Tragweite die bürgerlichen Fraktionen hoffentlich rechtzeitig erkennen. Aber die Erkenntnis allein hilft nichts, wenn nicht gleichzeitig danach gehandelt wird, wenn die natürliche Solidarität zwischen dem bürgerlichen Lager nicht entsprechend verschärft wird.“

Das Agrarierorgan „Deutsche Tageszeitung“ sieht bereits die Demokratie schwinden und die „Rebenregierung der Gewerkschaften“ zur „Hauptregierung“ werden.

Weit nützlicher beurteilen die demokratischen Blätter das Ereignis. „Vossische Zeitung“, „Berliner Tageblatt“ und „Volkzeitung“ erblicken darin übereinstimmend die Lösung der gegenwärtigen Krise oder mindestens ein Mittel zur Lösung derselben.

Auders „Der Deutsche“, das Organ des Herrn Siegerwald, des früheren preussischen Ministerpräsidenten. In ihm wird eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagen, die die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten umfassen soll. Eine ähnliche Meldung bringt das „Abt. Ubr. Abendblatt“, das für den Fall einer Auflösung des Reichstages und notwendiger Neuwahlen die bürgerliche Einheitsfront gegenüber dem sozialistischen Block kommen sieht.

Wir glauben nicht, daß die Auffassung des Herrn Siegerwald auch die der Zentrumsfraktion ist. Es wäre doch eine allzu sonderbare Vertgenoffenschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Reichstagsfraktionen

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie und die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion haben am Freitag abend nach Vorbesprechungen der beiderseitigen Fraktionsvorstände in getrennten Sitzungen den übereinstimmenden Beschluß gefaßt, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen zusammenzuschließen. Der Beschluß ist im Laufe des gestrigen Tages der Regierung und den Reichstagsparteien offiziell bekanntgegeben worden.

Die Schüsse der Rathenau-Mörder gegen die Republik haben das Proletariat gegen die militaristisch-monarchistische Reaktion alarmiert. Das Proletariat erkannte, daß jetzt endlich mit dem Bruderkrieg ein Ende gemacht werden müsse, wenn sich das Proletariat nicht selbst besiegen und die Reaktion zum Triumph führen wolle.

Die Zentralleitungen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen vereinigen sich sofort zur gemeinschaftlichen Arbeit. Sie verpflichteten sich am 27. Juni 1922 unterschrittlich, gemeinsam aufgestellte Forderungen „gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.“

Die sozialistischen Parteien mit Einfluß der Kommunisten verpflichteten sich insbesondere, zunächst im Reichstage für die Annahme der Gesetze zum Schutze der Republik zu wirken.

Die parlamentarischen Kämpfe der sozialistischen Parteien gegen die militaristisch-monarchistische Reaktion sollten von der gesamten Arbeiterschaft durch Massendemonstrationen unterstützt werden. Von dem Ergebnis dieser ersten Aktionen sollten die weiteren gemeinsamen Entschlüsse und Maßnahmen der Arbeiterorganisationen bestimmt werden.

Das geschlossene Auftreten des Proletariats hielt die militaristisch-monarchistische Reaktion in Schranken, die unmittelbar vor dem Vorschlagen stand. Innerhalb der Bourgeoisie machte sich jedoch immer deutlicher das Bestreben bemerkbar, einen Block der bürgerlichen Parteien zu bilden. Um so notwendiger mußten die Arbeiterorganisationen bemüht sein, der Bourgeoisie eine feste proletarische Einheitsfront entgegenzustellen.

Auch die bürgerlichen Parteien waren sich darüber klar, daß die Gesetze zum Schutze der Republik erst wirksam werden können, wenn eine Regierung vorhanden ist, die die Gesetze entschlossen durchführt. Der Erweiterung der Regierung nach links, durch den Eintritt der unabhängigen Sozialdemokraten, setzten die bürgerlichen Parteien deshalb den denkbar schärfsten Widerstand entgegen. Von dieser Forderung, die neben den Sozialdemokraten auch die Gewerkschaften aufgestellt hatten, durfte die Arbeiterschaft nicht ablassen, wollte sie der militaristisch-monarchistischen Reaktion nicht die Wege öffnen. Die sozialistischen Reichstagsfraktionen mußten also alles aufbieten, um die Bourgeoisie auch in der Frage der Regierungsbildung zurückzuschlagen.

Leider hat die Zentrale der SPD. ihr Wort wieder nicht gehalten und sich über alle mit den anderen Arbeiterorganisationen eingegangenen Verpflichtungen hinweggesetzt. Die Zentrale der SPD. gab Sonderparolen heraus und verleitete und beschimpfte die anderen Arbeiterorganisationen in Zeitungsartikeln, Flugblättern und Reichstagsreden. Die Zentrale der SPD. weigerte sich, weitere gemeinsame Kundgebungen zu unterschreiben, durch die die Einheitsfront des Proletariats gefestigt und das Proletariat kampffähiger gemacht werden sollte. Die Haltung der Zentrale der SPD., die nicht die Verhältnisse des proletarischen Kampfes in Deutschland zur Grundlage hat, sondern die durch Anweisungen aus Moskau bestimmt ist, führte dazu, daß die Zentrale der SPD. die Einheitsfront des Proletariats verlassen hat. Das ist von Nachteil nicht nur für die kommunistischen Arbeiter, sondern für das gesamte Proletariat.

Im Reichstage wurden die sozialistischen Fraktionen gezwungen, immer öfter gemeinsam gegen die bürgerlichen Parteien vorzugehen. In wichtigen Fragen verständigten sich die sozialistischen Fraktionen über ein einheitliches Vorgehen. So zuletzt bei der Weidenumlage, bei der Zwangsanleihe und bei den Gesetzen zum Schutze der Republik. Die Haltung der Zentrale der SPD. hatte es auch der kommunisti-

Beschwerde der Interalliierten

Militär-Kommission

Die Interalliierte Militärkontroll-Kommission hat, wie die „Dona“ erzählt, eine Beschwerde an die deutsche Regierung gerichtet, die sich auf folgenden Vorkang bezieht: Ein englischer Kontroll-Offizier hat vor kurzer Zeit in einem Archiv in Spandau Material über den deutschen Waffenbestand am Tage des Waffenstillstandes im Jahre 1918 entdeckt. Diese Waffen standen nach seiner Auffassung in erheblichem Widerspruch mit den von der deutschen Regierung seinerzeit gemachten Angaben. Der deutsche Beauftragte wurde deshalb von ihm ehrenwertlich verpflichtet, das Material unberührt bis zum nächsten Tage in dem abeschlossenen Raum aufzubewahren. Als am nächsten Tage eine Kommission der IA. das Archiv Material beschlagnahmte wollte, war es über Nacht auf zwei

den Reichstagsfraktion unmöglich gemacht, mit den sozialistischen Reichstagsfraktionen gemeinsam zu arbeiten. Das Proletariat erlebte nun wieder das Schauspiel, daß die Kommunisten sich in Abstimmungen mit den Deutschen Nationalen und gegen die sozialistischen Reichstagsfraktionen fanden.

Um den sozialistischen Block im Reichstag zu festigen, fragte der Vorstand der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion bei der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten an, ob sie bereit wären, durch Bildung einer Arbeitsgemeinschaft das bisherige Zusammenarbeiten der beiden Fraktionen zu legalisieren. Beide Fraktionen beschloßen darauf, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Durch die Arbeitsgemeinschaft wird die Selbständigkeit der Fraktionen in keiner Weise beeinträchtigt. In wichtigen Fragen verständigen sich die Fraktionsvorstände oder die Ausschußmitglieder der beiden sozialistischen Fraktionen über ein gemeinsames Vorgehen. Die endgültige Beschlussfassung über die Stellung zu bestimmten Fragen und über die Abstimmungen im Reichstage werden von jeder Fraktion nach wie vor selbständig festgelegt.

Der Beschluß der Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie steht in Einklang mit der Gesamtpolitik unserer Partei. In verschiedenen Aufrufen hat die Zentrale der Unabhängigen Sozialdemokratie immer wieder ein gemeinsames Arbeiten der sozialistischen Vertretungen in den Parlamenten und in den Gemeinden gefordert. Auch auf dem letzten Parteitag erklärte die Unabhängige Sozialdemokratie, daß der Klassenkampf geführt werden muß, um alle aus der jeweiligen Situation sich ergebenden Forderungen und Reformen durchzusetzen, was ständige Machterweiterung und Erhaltung der Kampfraft bedeutet, die das Proletariat befähigt, zur Eroberung der politischen Macht und zur Durchführung des Sozialismus. Der Parteitag sprach ferner aus, daß die Zusammenfassung und Einigung des Proletariats erwachsen wird aus seinem Ringen um seine Lebensinteressen.

„Politische Notwendigkeiten, die weitere Entwicklung der sozialen Revolution haben die proletarischen Massen schon wiederholt zu gemeinsamen Aktionen gezwungen und werden es in Zukunft in immer erhöhtem Maße tun. Die Arbeiterparteien haben dabei die Pflicht, jeweils das Maximum an Einheit des Proletariats herbeizuführen. Dazu ist notwendig, daß eine Verständigung gesucht wird über die dem Gesamtinteresse des Proletariats dienenden Forderungen und über Art, Umfang und Ziel der gemeinsamen Aktion. Diese Verständigung zu gemeinsamen Kämpfen kann verschiedene Formen annehmen: Aufstellung gemeinsamer Forderungen und, wenn notwendig, ihre gemeinschaftliche Vertretung in den Parlamenten des Reiches, der Länder und der Gemeinden, gemeinsame Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionen. Aus diesen gemeinsamen Kämpfen wird sich der Weg ergeben, der schließlich zur Vereinigung führt auf dem Boden des Kampfes für die Verwirklichung des Sozialismus.“

Wie immer in politisch zugelegten Situationen, so zirkulieren auch jetzt alle möglichen Gerüchte. Besonders in bürgerlichen Zeitungen werden allerlei Nachrichten verbreitet, die oft aus der böswilligen Absicht entspringen sind, Verwirrung unter den Arbeitern zu stiften und ihre Geschlossenheit und Kampffähigkeit zu beeinträchtigen. Die Arbeiter tun gut, sich nur daran zu halten, was ihre eigene Presse berichtet.

Der Beschluß, eine Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Fraktionen zu bilden, ist den reaktionären Parteien wie siedendes Blei in die Adern gefahren. Sie fürchten nichts mehr wie ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterklasse. Ihr Prinzip war bisher, zu teilen und zu herrschen. Sie wünschen nichts sehnlicher, als daß die Arbeiterklasse in getrennten Gruppen weiter marschiere, damit sie um so leichter geschlagen werden könne. Der Beschluß macht diese Hoffnung zerschanden. Er stellt die monarchistisch-militaristischen Parteien vor eine ganz neue Situation.

So viel ist sicher. In Deutschland stehen wir an einem Wendepunkt der politischen Entwicklung. Das Proletariat beginnt sich zu sammeln und die Bourgeoisie erkennt immer deutlicher, daß sie in allen ihren reaktionären Anschlägen das geschlossene Proletariat gegen sich hat. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat erneut bewiesen, daß sie alle Parteiinteressen dem Gesamtinteresse des Proletariats unterordnet. Sie handelt getreu dem Beschluß des Parteitages, in dem ausgesprochen wird: Die Einigung des Proletariats mit allen Kräften anzustreben und durchzuführen ist eine der bedeutsamsten historischen Aufgaben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Demokraten gegen Demokraten

Eine in Frankfurt a. M. stattgefundene Mitgliederversammlung der Deutschen Demokratischen Partei Groß-Frankfurts nahm nach eingehender Aussprache über die politische Lage nachstehende Entschlüsse an:

„Die Mitgliederversammlung des demokratischen Vereins Frankfurts billigt die politischen Richtlinien, die der Parteivorstand am 22. Juni aufgestellt hat. Sie begrüßt alle Bemühungen des Parteivorstandes und der Parteifraktion im Reichstag und preussischen Landtag, um die Schaffung energetischer Sicherheitsmaßnahmen für die Republik. Sie erwartet, daß die Reichstagsfraktion jeder Abmilderung der Schutzgesetze entschieden Widerstand gegenüberstellen wird und daß sie ungeachtet aller parlamentarischen Sondermaßnahmen auch auf der Bildung einer zentralisierten Reichskriminalpolizei, die auch an Landesgrenzen nicht Halt macht, bestehen wird. Aus innerer Überzeugung stellen sich die Frankfurter Demokraten hinter den vom Parteivorstand aufgestellten Grundsatz, daß die Reichsregierung „auf entlassene republikanische Parteien“ sich stützen müsse, und als eine solche Partei kann trotz ihrer neuen republikanischen Behauptungen die Deutsche Volkspartei heute nicht angesehen werden.“

Das ist eine ziemlich deutliche Abgabe an die Politik der demokratischen Reichstagsfraktion, die bekanntlich nicht nur das Schutzgesetz verschlechtert hat,

sondern sich auch alle erdenkliche Mühe gibt, die Deutsche Volkspartei in die Regierung zu bekommen. Ob diese Abweisung etwas nutzen wird?

Die vorgegedruckte „Einheitsfront“

Die Kommunisten machen nach ihrem freventlichen Zerstörungsversuch der Einheitsfront jetzt alle Anstrengungen, um durch eine gesteigerte und lügenhafte Hege gegen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse ihr Parteiführer zu locken. Dieselben Leute, die in den verschiedenen Parlamenten bei wichtigen Abstimmungen schon längst praktische Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschen Nationalen betreiben, sie wettern jetzt wie verrückt, wenn unsere Partei mit der SPD. zusammen in dieser gefährlichen Zeit gegen die Monarchisten ankämpft und dazu durch eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Reichstagsfraktionen „das Maximum an Einigkeit der Arbeiterklasse“ aufzubringen versucht. Das Gebaren der Kommunisten beweist zur Genüge, was es mit ihrem Geschrei von der „Einheitsfront“ auf sich hat. Da, wo praktische Schritte zum gemeinsamen Kampf unternommen werden, stellen sich die Kommunisten abseits und schreiben zur Freude aller Feinde der Arbeiterklasse über Verzet usw.

Besonders die „Rote Fahne“ hat sich in der letzten Zeit nach der Richtung hin allerhand geleiht, wofür wir jedoch gern mildernde Umstände gewähren wollen, denn das liegt an ihren Redakteuren. Wenn man bedenkt, daß zu ihrem Redaktionsstab neben kaum den Kinderjahren entwachsenen, eben von der Universität gekommenen Studenten noch der weitaus recht kriegsbegeisterte Kriegsberichterstatter Düwellel sen. gehört und als Chefredakteur ein junger Mensch zeichnet der vor 2-3 Jahren als Student noch seinen Schimmer von Sozialismus hatte, sondern in nationalitären Zügen glänzte, so kann man für die Weltbeglückungsrezepte der „Roten Fahne“ nur ein mitleidiges Lächeln übrig haben.

Völlig unverständlich ist und aber, daß immer noch andere nichtkommunistische Arbeiter auf den Kommunismehrummel hereinfallen. Wir wollen ihnen damit durchaus keinen Vorwurf machen, denn wir nehmen an, daß sie an einzelnen Orten nur mit den kommunistischen Arbeitern zusammen gehen und zusammen bleiben wollen, um auch sie in die einheitliche Front einzureihen, oder gar, um den kommunistischen Schreibern bei ihrem Unsinne auf die Finger zu zeigen. Trotzdem dürfte es ratsamer sein, besser von Anfang an den SPD-Mattensängern eine Absfuhr zuteil werden zu lassen, um ihnen gar nicht erst die Möglichkeit zu geben, für ihre wilden, die Arbeiterklasse schwer schädigenden Aktionen, Namen von U.S.P. oder SPD-Mitgliedern zu benutzen und diesen die Verantwortung für ihre Putschereien mit aufzubürden.

Das gilt besonders für die neueste Parole der SPD., den sog. „Kontrollausschüsse“. Von der kommunistischen Zentrale werden zu diesem Zwecke in alle Betriebe vorgedruckte Resolutionen lanciert die u. a. zu „striklosem Generalstreik“ auffordern; an die Realisierung soll ein „kurzfristiges Ultimatum“ gestellt und seine Durchführung „mit allen Mitteln“ erzwungen werden. Kontrollausschüsse sollen gebildet werden, um die Kämpfe zu leiten usw. Der ganze Awek ist natürlich, einen Keil in die geschlossene Arbeiterklasse zu treiben, um dann unter kommunistischer Führung den Kampf gegen die Gewerkschaften und die sozialistische Parteien aufzunehmen, d. h. praktisch die einheitliche Kampfesfront zertrümmern und neue Bruderkämpfe, neue Spaltungen der Arbeiterklasse vorzubereiten.

Wir bitten deshalb unsere Genossen, den kommunistischen Agitatoren mit aller Sachlichkeit zu bedenken, daß sie ihr gefährliches Spiel im Interesse der gemeinsamen Sache aufgeben und sich genau so in die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen die Monarchisten einreihen, wie es die übergroße Mehrheit der Arbeiter und Angehörigen bereits getan hat. Für Sonderparolen und neue Verheerungen der Arbeiter untereinander sind die Zeiten wahrlich zu ernst.

Bayern gegen die Reichskriminalpolizei

Beratungen im Rechtsausschuß — Bayerns Reichsmündigkeit

D. A. Die gestrige Beratung des Reichskriminalpolizeigesetzes im Rechtsausschuß des Reichstages gestaltete sich durch die Ausführungen des bayerischen Gesandten, Dr. v. Preger, zu einem politischen Ereignis. Nachdem der Reichsminister des Innern Dr. A. H. er zunächst die Dringlichkeit und Notwendigkeit einer polizeilichen Reichsregierung dargelegt hatte, unter Hinweis darauf, daß gewisse Anläufe zu einer solchen heute schon vorhanden seien, und der Gesandtenwurf daher nur gewisse Erweiterungen bringe, nahm der bayerische Gesandte v. Preger das Wort und trug die Bedenken der bayerischen Regierung gegenüber dem Entwurf vor. Er wies einleitend auf das besonders stark ausgeprägte Stammes- und Staatsbewußtsein des Bayernvolkes hin, das sich in das Gefühl des Deutschen Reiches zuerst nur schwer habe einordnen wollen, dann sich aber im Reichverbande durchaus wohl gefühlt habe. Heute müsse aber eine weitgehende Reichsmündigkeit in Bayern konstatiert werden. Diese gehe einmal auf die Kriegs-Zwangswirtschaft zurück, sodann auf die seit der Nationalversammlung immer stärker in die Erscheinung tretende Tendenz zur unitarischen Reichsorganisation. Die Reichsregierung habe es Bayern nicht immer leichtgemacht, sich mit der Weimarer Verfassung abzufinden. Preger verwies auf das Vorgehen gegen die Einwohnerwehren, den Ausnahmezustand und die Verordnung des Reichspräsidenten. Das Reichskriminalpolizeigesetz bedeuete die schwerste Anpassung der Justizhoheit der Länder. Ein Staat ohne Justiz- und Polizeihochheit verdiene den Namen eines Staates nicht mehr. Von Bayern habe die Republik keine Gefahren zu erwarten.

Im Anschluß an die Rede des bayerischen Vertreters entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, in der alle Parteien zu Wort kamen. Für die Demokraten wies der Abg. Koch darauf hin, daß während seiner Amtsführung als Reichsminister des Innern in zahlreichen Fällen notwendige Polizeimaßnahmen infolge Widerspruchs der Länder nicht hätten zur Durchführung gebracht werden können. Die Worte an Erzberger und Rathenau hätten eine polizeiliche Reichsregierung zweifelsohne verhindert können. Das Reichskriminalpolizeigesetz sei

für die Bekämpfung des Verbrechertums und den Schutz der Republik wichtiger als die anderen in dieser Richtung liegenden Gesetze. Dr. Bell (Ztr.) behielt seiner Fraktion die Stellungnahme vor.

Dem bayerischen Gesandten entgegnete sodann Minister Dr. A. H. Er betonte, daß mit Ausschluß der bayerischen Regierung sämtliche Länderregierungen im Reichstag dem Entwurf ihre Zustimmung erteilt hätten. Wenn erst die Defensivkräfte einmal erfahren werde, wie große Schwierigkeiten bei der Verfolgung der Rathenau-Mörder und welche Verzögerungen dadurch entstanden seien, daß das Material über die Organisation Consul bei den verschiedenen Behörden verstreut gewesen sei, dann werde man wohl erkennen, daß das Gesetz eine absolute Notwendigkeit sei. Die von Bayern vorgeschlagene Vereinbarung über die Errichtung eines Reichspolizeiamtes und von Landes-kriminalpolizeibehörden genüge nicht. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Hoffmann-Rathenauer, v. Kardorff, Lecht, Dr. Spahn, Unterleitner, Dr. Barth, Dr. Levi und Pöbbling verlagte der Ausschuß die Weiterberatung auf Sonntag nachmittag 3 Uhr.

Erfolge der Bergarbeiter

Die ersten Differenzen im Ruhrbergbau, die durch Verzögerung des Rahmentarifes entstanden, daranlasten den Bergarbeiterverband, den Mitgliedern die gemeinsame Abmildung nahe zu legen. Unter dem Druck dieser Aktion leitete das Reichsarbeitsministerium Verhandlungen ein, die eine friedliche Beilegung der Differenzen ermöglichten.

Die hauptsächlich erzielten Verbesserungen sind folgende:

1. Erhebliche Verbesserung des Gehaltens und des Mindestlohnes, einheitliche Gehaltsregelung für das ganze Revier unter Zugrundelegung des Schichtlohnes des höchstbezahlten Reparaturhauers, zusätzlich 15 v. H. Dadurch wird der Hauerdurchschnittslohn pro Schicht um rund 20 Mark erhöht. Der Mindestlohn erhöht sich auf 227 Mark pro Tag.

2. Vordereilung der Lohnzahlungstermine. Die Lohnzahlung erfolgt in drei Teilzahlungen zu je einem Drittel des Monatsberdienstes. Für den Monat Juli wird im Laufe dieses Monats der erste Abschlag noch zur Auszahlung gebracht.

3. Der Soziallohn (Hauslohn und Kinderlohn) wird für die Dauer von sechs Wochen der dritten Krankheitswoche weiter bezahlt.

4. Verbesserung der Lohnordnung für die südlichen Randbecken. Die Randlaufel für diejenigen 16 Becken, bei denen bisher 3 v. H. in Abzug gebracht wurden, wurde beseitigt. Für die restlichen 12 Becken kommt nur noch ein Abzug von 3 v. H. statt von 5 v. H. in Frage.

5. Das Feiern am 1. Mai gilt nicht mehr als willkürliches Feiern. Ebenso werden die Feierschichten an den Demonstrationstagen (27. Juni und 4. Juli) nicht auf den Urlaub angerechnet.

Eine Arbeiterkonferenz der freien Gewerkschaften nahm am 14. in Bochum Stellung zu diesen Dingen und stimmte mit 373 gegen 15 Stimmen den Abmachungen zu.

Alle Diskussionsredner bezeichneten diese Zustände als einen Erfolg der freien Gewerkschaften. Ueber den Punkt „Nichtlinien für Betriebsräte“ soll erst noch verhandelt werden. Die Verhandlungen sollen am 20. Juli fortgesetzt werden.

Interessant an diesem Ausgang des Kampfes ist noch die Tatsache, daß die Syndikalistische Union durch ihre wahrhaftige Aktion eine eklatante Niederlage erlitt. Es wurden nämlich von jener Seite die Delegierten aufgefordert, über den Kopf des Verbandsvorstandes hinweg Beschlüsse zu fassen und mit der Union zusammenzugehen. Eine eingesetzte Kommission jener Radikalen ersah sogar beim Bergarbeiterverband, um den Vorstand zu veranlassen, alle Kämpfe gemeinsam zu führen. Mit überwiegender Mehrheit beschloß aber die Versammlung, die Kommission nicht zuzulassen.

Der Verbandsvorsitzende Hufemann wandte sich noch in seiner Eröffnungsansprache gegen die tendenziösen Beschlüsse, wonach durch die Abmildungsaktion des Bergarbeiterverbandes „der Bürgerkrieg hätte vorbereitet werden sollen“. In Wirklichkeit ist nur der Zweck verfolgt worden, die Unternehmers zu schnelleren Verhandlungen zu zwingen.

Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß der Verbandsvorstand bereit sei, mit der Union in Verhandlungen zu treten, die den Uebertritt zum Bergarbeiterverband zum Inhalt haben.

Die Agrarier drohen

In der Erledigung der Getreideumlage hat der Reichsland und eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß die Umlage gegen den ausdrücklichen Widerspruch der deutschen Landwirte Gesetz geworden sei. Die Umlage durchzuführen sei unmöglich. Wir beschränken uns darauf, festzustellen, daß nach unserer Überzeugung die Durchführung des Umlagegesetzes von schwerwiegenden Folgen begleitet sein wird, Folgen, für die nicht die Landwirtschaft, sondern allein die Regierung verantwortlich gemacht werden muß.

Das ist die alte Geschichte, die die landwirtschaftlichen Organisationen schon in den in der „Freiheit“ im Vormonat veröffentlichten Richtlinien geführt haben. Es ist die Drohung, daß die Landwirtschaft, soweit sie von dem Landbund beeinflusst wird, die Getreideumlage sabotieren wird.

Gegen die Moskauer Rachejustiz

Prof. Dr. Albert Einstein, Helmuth v. Helldorf und Graf A. v. Helldorf haben, wie die „Dona“ erfährt, folgenden Appell an die Sowjetregierung gerichtet:

„Die Unterzeichneten sind tief ergriffen von den Umständen, unter denen sich der Prozeß der Sozialrevolutionäre vollzieht. Sie fürchten ein unwiderstehliches Urteil und richten deshalb im Namen der Menschlichkeit und der allgemeinen Vernunft einen dringenden Appell an die Sowjetregierung, um sie zu bitten, sich jeder Maßnahmen zu enthalten, die von der zivilisierten Welt als die Vollziehung eines Racheaktes angesehen werden könnten.“

Korant wurde vom politischen Seim zum Ministerpräsidenten gewählt, was den Staatspräsidenten Illudsky zu einem Schreiben an den Seimmarischall veranlaßte, daß er kein Amt niederlegen werde, falls Korant die Reorganisation bilden vollzieht.

Die Lage im amerikanischen Eisenbahnerstreik hat sich weiter verschärft. Weiter haben 400.000 Streckenarbeiter mit Streik gedroht, wenn die Forderungen der Eisenbahner nicht angenommen würden. Man nimmt an, daß, falls sie die Arbeit niederlegen, auch das Inappersonal und die Lokomotivführer sich ihnen anschließen werden.

Der trockene Putz

Von Ignaz Wrobel

Achtundvierzig Stunden nach der Ermordung Walter Rathenau sah es so aus, als ob wir einen blutigen Putz bekommen sollten. Weisen Blut gestossen wäre, ist ganz klar: ein großer Teil des Bürgertums wäre wie ein Mann aufgestanden — und hätte erwartet, daß sich die Arbeiterkraft vor die Maschinen geworfen hätte. Denn wenn es um die Freiheit geht und um die Republik, sind es letzten Endes immer die Arbeiter, die gutmachen müssen, was die vier Jahre hindurch schlechtgemacht worden ist.

Dieser blutige Putz ist nicht gekommen. Vielleicht war man noch nicht so weit — vielleicht wartet man noch. Die Gefahr ist nicht kleiner geworden. Denn was sich augenblicklich im Reichstag und in den Behörden langsam vorbereitet, ist ein trockener Putz, einer, in dem kein Blut, aber viel Tinte vergossen wird, und einer, der in seinen Folgen genau so ausfallen wird, wie jene projektierte Ludendorffade, zu der die Schüsse im Grunewald offenbar das Signal waren. Ich halte diesen bevorstehenden trockenen Putz für viel gefährlicher.

Wenn die deutschen Reichstagsabgeordneten zu Mittag essen, dann sehen sie zu ihren Häupten auf der graulich bemalten Soaldecke einen großen schwarzen Piepmatz, der Adler eines Reiches, das es nicht mehr gibt und hoffentlich nie mehr geben wird. Ein lateinischer Spruch zielt den Vogel: Sub umbra alarum tuarum protego nos! („Unter dem Schatzen Deiner Flügel beschütze uns!“) Da kann man nur: „Gott soll schützen!“ rufen — und es ist verständlich, daß sich die Republik nach einem anderen Schutz umsieht als nach so einem traurigen.

Das Gesetz zum Schutze der Republik, das augenblicklich durchberaten wird, ist im Grunde eine doppelte Selbstverständlichkeit. Erstens ist es selbstverständlich, daß es überhaupt kommt. Wir können nicht länger talentlos zusehen, wie ein Führer nach dem anderen abgeknallt, erschlagen, ins Wasser geworfen und gefleddert wird. Noch heute erhalten die oppositionellen Führer aller Lager ebenso anonyme wie deutsch-nationale Drohbriefe, und man fühlt sich an das Wort Eugen Lewins erinnert: „Wir sind alle Urfauber des Todes!“

Die zweite Selbstverständlichkeit ist der materielle Inhalt des Gesetzes. Hätten wir wirklich eine Republik und nicht eine verhinderte Monarchie mit einer Beamtenschaft, die, besonders was die höheren Herren angeht, ihr Geld dafür nimmt, daß sie dem Staat schadet: dann, aber nur dann langten die bestehenden Gesetze vollauf, um widerpenfliche Beamte, um rantalierende Staatsbürger im Zaum zu halten. Wir haben diese Beamtenchaft nicht. Wir haben insbesondere keine Richterchaft, zu deren politischen Urteilen wir noch irgendwelches Vertrauen haben können — und deshalb ist dieses Gesetz nötig.

Wie es nachher ausgelegt wird, und wie es durchgeführt wird, ist eine andere Sache. Wie insbesondere der § 2, Abs. 1, wirken wird, muß abgewartet werden. Er stellt die Herabwürdigung von Mitgliedern der republikanischen Regierung unter Strafe. Also wie? Dürfen wir nicht mehr sagen, daß der Reichswehrminister Geisler, von dem man nicht genau weiß, ob er als Demokrat oder als Reichswehrminister mehr enttäuscht hat, eine Unmöglichkeit ist? Und daß es ein Schauspiel mächtigen Kalibers ist, dauernd seine Abflugpläne, den Major Schleicher, auffahren zu sehen, der bei allen feierlichen Gelegenheiten und bei jedem neuen Skandal in der Reichswehr den Satz hervorzieht: „Es ist alles nicht wahr?“ — Dürfen wir nicht mehr sagen, daß die etwa projektierte Ernennung Kaupischs, des jetzigen Obersten der Schutzpolizei, zum Reichswehrminister ein Witz und nicht einmal ein guter ist? Ist das Herabwürdigung der Republik?

Und dürfen wir nicht sagen, daß in fast allen wichtigen Stellen des Reiches und der Länder Kräfte am Werk sind, die offen, mit dem Maul am Wirtschaftstisch, und versteckt, mit der Schifane im Geschäftsgang, die Republik sabotieren? Ist solche Kritik auch Herabwürdigung der Republik? Werden wir vor den Staatsgerichtshof kommen, wenn wir behaupten und nachweisen, daß Leise, Leise, von den Universitäten bis zu den höchsten Regierungsstellen die gebildete Schicht dieses Landes, die sich infolge der Raubheit und Falschheit des Bürgertums „herrschende Klasse“ nennen darf — daß sie, wo sie nur kann, jenen grauenhaften alten wilhelminischen Geist hegt und pflegt und einen Haß gegen den Proletariat mit Erfolg großzucht, dessen Auswirkungen, blutig oder unblutig, wir täglich zu sehen bekommen? „Die achten nur die Vetterchaft, sie verknüpfeln das Mikroskop mit dem Katechismus und die Philosophie mit der Polizei“ hat Jakob Wassermann einmal von solchen gesagt. Sie sind täglich dabei, feige und verantwortungslos, wie es ihre Gewohnheit ist, einen trockenen Putz zu inszenieren. Einen leise dahinschwindenden, unmerklich glimmenden Putz, der uns Kopf, Krone, Republik und das bisherige Freiheit kosten kann.

Unsere Fraktion wird darüber zu beschließen haben, ob und unter welchen Bedingungen sie in die Regierung geht. Das gesamte arbeitende Volk, soweit es politisch denken kann, steht dieses Mal geschlossen hinter den sozialistischen Parteien. Weiß die Regierung nicht, wo die sitzen, die am meisten für die Republik tun? Kennt sie das Wort Alexanders v. Humboldt? „Die Deutschen brauchen für jede Dummheit zweihundert Jahre; hundert, um sie zu begehen, und hundert, um sie einzusehen.“ Die Entwicklung geht heute schnell. Wir wollen nicht so lange warten.

Gebannt ist die Gefahr für den Augenblick wohl — verschunden ist sie nicht. Geht der Reichstag in seine Sommerferien, ohne mehr geschaffen zu haben als ein kurzes Gesetz, dessen Durchführung in Anbetracht dieser tatsächlichen und hinterhältigen Beamtenchaft sehr zweifelhaft ist, dann werden sich die Herrschaften von der Organisation Consul zwar vielleicht überlegen, ob sie jetzt einen blutigen Putz riskieren sollen. Aber den trockenen Putz — den auf dem Wege der Verwaltung — haben wir dann auf alle Fälle. Die Landwirte haben die Hand an der Gurgel des Staates, durch die die Nahrung läuft. Sie können jeden Tag zudrücken. Sie haben den Roggen. Sie haben die Beamten.

Und wenn wir nicht wachsam sind, haben wir im nächsten Winter den trockenen Putz.

Beamtentum und Republik

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Sonnabend, den 15. Juli.

Präsident Loh eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Min. Die Gesetzentwürfe über die Ersatzpflicht für beschädigte Reichsbanknoten und betreffend die Metallreserven der Privatnotenbanken werden in allen drei Lesungen debattiert und angenommen. Der interfraktionale Antrag betreffend Fragen der Wohlfahrtspflege wird angenommen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichspolizeiamts und von Landes kriminalpolizeibehörden wird der Ausschussberatung überwiesen.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik wenden sich die Abg. Schulz (Dnl.) und Schulz (D.V.) in heftiger Weise gegen den Entwurf, der die Freiheit der Beamten in außerordentlich hohem Maße verleihe, während der Abg. Hoeck (Zentr.) den Entwurf für annehmbar erklärt.

Reichsminister des Innern Ritter: Nach den Vorwürfen von rechts möchte ich einmal zeigen, wie Äußerungen der früheren Regierungen in die heutige Zeit übertragen, ausfallen würden. Die bekannte Rede des Fürsten Bülow vom Dezember 1903 würde heute folgendermaßen lauten: „Ein Beamter darf auf keinen Fall Deutschnationaler oder Deutscher Volksparteiler sein. Jeder Beamte hat der Republik den Eid zur Erene geleistet. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei bekennen sich zur Monarchie. Mit der Zugehörigkeit zu einer solchen Partei bricht also ein Beamter seinen Eid. Einen solchen Beamten werde ich nicht dulden.“ (Lebhafte Unruhe rechts. Sehr laut! links.) Der vom bayerischen Staatsministerium 1911 herausgegebene Erlaß über Beamtenfragen würde heute folgendermaßen auslauten: „Daß der Staatsbeamte sich nicht zu einer Partei bekennen darf, die sich grundsätzlich gegen die bestehende Staatsform wendet, ist die grundsätzliche Folge seiner Anstellung bei der Republik.“ Die jetzige Regierung hingegen will nichts weiter als Äußerungen gegen die bestehende Staatsform im Amt selbst unterdrücken. Wir verbieten den Beamten, unter Mißbrauch ihres Amtes in solchem Sinne einzuwirken, wir verbieten, daß Handlungen dieser Art im Dienste geduldet werden. Das ist alles! Wir haben ferner beschlossen, die Liste der politischen Beamten zu erweitern. Von der Rechten ist ein großes Geschrei erhoben worden, daß die Regierung eine solche Erweiterung selbstständig vorausgenommen hat. 1918 im Oktober, als das Gebäude des alten Systems schon bedenklich knackte, hat das preussische Staatsministerium über politische Beamte einen besonderen Erlaß herausgegeben: „Die politischen Beamten dürfen wegen der Eigenart ihrer Stellung sich an der Kandidatur für eine bestimmte politische Partei oder Vereinigung nicht beteiligen, weil hieraus das Mißverständnis erwacht werden kann, als ob sich die Ziele der betreffenden Partei mit denen der Regierung deckten. Die politischen Beamten haben die Pflicht, unter Zurückstellung etwaiger abweichender Meinungen die Ziele und Grundsätze der Politik der Staatsregierung stets zu vertreten. Gezeichnet: Max von Baden, Drembs, Kischel, Spahn und unter derzeitiger Kollation Berger.“ (Große Heiterkeit links. Unruhe rechts.) Wenn wir den Beamten die Gründe für dieses Gesetz zeigen, ihnen sagen, in welchen Grenzen es sich bewegt, dann versichere ich ihnen, daß die Beamten die harte politische Notwendigkeit dieses Gesetzes einsehen werden.

Abg. Ledt (U.S.P.):

Wenn das Gesetz nicht so überhastet gekommen wäre, wäre der temporäre Charakter dieses Entwurfes vollkommen zurückgetreten gegenüber dem dauernden Wert des Entwurfes, er hätte eine ganz andere Wirkung gehabt. Am 9. November 1918 waren viele Kreise des Beamtentums, auch derer, die sich heute wieder anders betonen, mit dem alten System ebenso zerfallen, wie die große Masse des Volkes. Es mag sein, daß von dem andern Teil, der innerlich mit dem alten System nicht zerfallen war, einige aus einem gewissen Gefühl der Verpflichtung für die Allgemeinheit des deutschen Volkes weiter arbeiteten. Aber darüber ist kein Zweifel, der überwiegend größte Teil dieser Anhänger ist geblieben, weil die Beamten ihrer Pension und ihrer Lebensstellung nicht verlustig gehen wollten. Sie stellten sich nicht auf den Boden der abendlichen Toten, sondern auf den Boden der fortgesetzten Nahrung. (Sehr laut! links.) Das ist ein Zustand, der die Republik schwer gefährdet, der um so gefährlicher ist, da er zu

Erkennung und Lähmung des Staates

führen muß. Aus diesem Gesichtspunkt heraus müssen wir an dem Gesetzentwurf einen grundsätzlichen Mangel feststellen. Er läßt eine große Kategorie des Beamtentums völlig unberücksichtigt: nämlich das Richteramt. Das Verwaltungsbeamtentum wäre im großen und ganzen in eine andere Stellung zur Republik gekommen, wenn die Verwaltungsbeamten nicht wüßten, daß das Beamten-Richteramt mit seiner Unabsehbarkeit sie deckte. Die Sabotage im Verwaltungsbeamtentum wird nicht aufhören, ehe nicht auch aus dem Richteramt die Elemente entfernt sind, die auf den Sturz der Staatsform hinarbeiten. Angesichts dieser besonderen Aufgaben ist es notwendig, ein besonderes, einheitliches Disziplinargericht zu schaffen. Disziplinarorgane für das ganze Reich sind ein unausbleibliches Maß, wenn das, was diesem Gesetz entspricht, erreicht werden soll. Das Gesetz verlangt über den temporären Notstand des Staates hinaus die Heranziehung eines neuen Beamtentums. Das ist die Notwendigkeit ergibt, ist zurückszuführen auf die früheste Zeit Bismarckscher Beamtenpolitik. Mit Schuld an der großen Katastrophe von 1914—1918 ist das Beamtentum, die Beamtenklasse und -Kaste, die bewußt und gewollt gegen die Ueberzeugung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes herangezogen worden ist. (Sehr wahr! links.) Das wesentlich liberale Beamtentum war 1860 und 1870 von seinen liberalen Elementen durch Bismarck gesäubert worden und eine neue Beamtenkaste mit der beschränkten Auffassung der alten preussischen Junkerkaste war herangezogen worden. Diese Tat Bismarcks hat sich an dem gesamten deutschen Volk aus bitterster Geracht. (Sehr wahr! links.) Das deutsche Verwaltungsbeamtentum, das nur maschinenmäßige Arbeit verrichten konnte, versagte 1914 bis 1918 vollkommen, gegenüber jenen großen Demokratien der Weltmächte, deren Beamten interessiert waren an der demokratischen Verwaltung. (Sehr wahr! links.) Wenn von rechts gegen dieses Gesetz mit den Worten argumentiert wird, wir haben doch die freieste Demokratie, da muß der deutsche Beamte alles das machen können, was er will, so zeigt das, daß diese Herren von einer Demokratie keine Ahnung haben.

Demokratie ist Pflichterfüllung

ist die Ueberzeugung, daß jeder an seinem Platte für das Wohl der Gesamtheit zu arbeiten und seine Pflicht zu erfüllen hat. Mit der Rührmut und mit dem Namen der Freiheit allein kann allerdings ein neues Beamtentum nicht geschaffen werden. Mit der Schaffung eines neuen Beamtentums ist die Heranziehung ihrer Verpflichtung

nicht Genüge. Die Bildung eines neuen Beamtentums ist zum allergrößten Teil nicht die Aufgabe des Beamtentums selbst, sondern man muß sie zu lösen beginnen schon auf den Hochschulen, in der Erziehung der Jugend, in der Heranbildung neuer Kräfte, auch solcher, denen bisher die Beamtenkarriere verschlossen war. Wenn das nicht geschieht, dann erleidet die Regierung mit ihren Verheerungen Schiffbruch. Es muß die Möglichkeit bestehen, die unabweisbar vielen Kräfte für den Dienst der deutschen Demokratie zu schaffen. Die großen Volkshochschulanstalten und Volkshilfsanstalten geben dem Staat die Möglichkeit, dort Männer aus allen Kreisen für ihre Zwecke heranzuziehen. Alle Köpfe, alle Fähigkeiten aus diesen Kreisen, die willens sind, einem demokratischen Staat, einer demokratischen Republik zu dienen, und den Staat auszufüllen mit neuem Geist und neuen Gesichtspunkten, ihn sozialistisch zu machen, müssen zu diesem Ziel aneinandergefaßt werden.

Die Arbeiterschaft hat die deutsche Republik geschaffen, die Staaten werden nur von den Kräften, die sie geschaffen haben, erhalten. Die lebendige Kraft der deutschen Arbeiterschaft allein kann auch nur den deutschen republikanischen Staat erhalten. (Bravo links.)

Abg. Deermann (D. Sp.): Das Gesetz ist unserer unparteiischen Auffassung nicht gerecht geworden. Abg. Steinkopf (Soz.): Wenn wir jetzt nicht eingreifen, wird die Arbeiterschaft selbst durchgreifen und versuchen, die politischen Notwendigkeiten durchzuführen. Der republikanische Beamte wird dieses Gesetz begrüßen, denn es befreit ihn von den Schikanen und Quälereien der monarchistischen Vorgesetzten.

In der Abstimmung werden sämtliche von der sozialdemokratischen Partei oder den Kommunisten eingebrachten Verbesserungsvorschläge abgelehnt, da die Linke außerordentlich schwach besetzt ist. Die Bürgerlichen nehmen verschiedene Anträge der Rechten an, durch die die Anwendung des Gesetzes auch gegen linksstehende Beamte erreicht wird. Der Entwurf wird in zweiter Lesung angenommen.

Bei der zweiten Beratung des von der unabhängigen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurfes zur

Änderung des Einkommensteuergesetzes

erstattet der Abg. Soldmann (U.S.P.) den Bericht über die Beratung dieses Gesetzes im Ausschuss.

Der thüringische Finanzminister führt aus, daß viel dringlicher als eine Anpassung des Einkommensteuergesetzes an die Geldentwertung eine solche Änderung der Umsatzsteuer wäre, die viel drückender und verrieuernder wirkt. Durch die Herabsetzung der Einkommensteuer werden den Ländern und Gemeinden erhebliche Verluste zugefügt. Wir wenden uns gegen das Gesetz.

Hartwig (Dnl.) begründet einen Antrag, der eine noch stärkere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung bedeutet. — Rahmann (Soz.) erklärt, daß die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft diesen Antrag ablehnt, der nur aus agitatorischen Gründen gestellt sei.

Abg. Herz (U.S.P.):

Wir haben zu wählen zwischen der Abschwächung und Anpassung der Abgaben der Arbeiter an die Geldentwertung oder der Unmöglichkeit einer jeden Verbesserung der Lage der nichtbesitzenden Kreise. Wir wählen das kleinere Uebel.

Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der zweiten Beratung erledigt. — Bei der zweiten Beratung der von den Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei eingebrachten Entwürfe zur Abänderung des Erbschaftsteuergesetzes bezieht sich nach einer Rede des Abg. Hensemann (R.P.D.) der Abg. Koenen (R.P.D.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Präsident schließt sich diesem Bescheid an. — Das Haus verläßt sich auf Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Wirtschaftliche Notlage der Presse, Einkommen-, Erbschaftsteuergesetz, Zwangsanleihe, dritte Beratung des Schubgesetzes. — Schluß 9 Uhr.

Die Kulturschande Miesbach

Der Miesbacher Chef: Stammgast in Weiberkneipen

Wir haben wiederholt Gelegenheit genommen, auf das geistlose aber um so frechere Auftreten des bayerischen Monarchistenblattes, den „Miesbacher Anzeiger“, hinzuweisen. Das sich dieses Sudelblatt in den letzten Tagen dank der bayerischen Regierung gegen die Reichsregierung gestellt hat, ist geradezu verbrecherisch-frankhaft. So schreibt es am Donnerstag allen Ernstes:

„Die Linken (Soz. und Sozialdemokratie und Anders-tum) haben Rathenau ermordet, weil er a) eines der größten Geheimnisse der Weiberkneiperei Profanen preisgegeben hat; b) sich geweigert hat, einen freilich Befehl betreffs Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund auszuführen.“

Ich sage daher nochmals: Die Augen links! Die Affäre Rathenau acht ihrer Lösung entgegen, ob die Weiltage will oder nicht.“

Und zu dem skandalösen Verhalten der bayerischen Regierung gegenüber den Berliner Kriminalpolizisten, die auf der Suche nach den Mördern Rathenau waren, bemerkt der Miesbacher folgendes:

... und Hunde behandelt man mit Jauntrem-meln, auch rote und auch solche aus Berlin.

Zu diesem Kaschemmenton schreibt nunmehr die „Berl. Volkszeitung“: „Was haben Berliner in München zu suchen? fragt das Blatt. Wir stellen die Gegenfrage, was dessen Herausgeber, Herr Claus G., in Berliner Weiberkneipen zu suchen hat, in denen er durch sein selbst an diesen Orten ungewöhnlich unflätiges Benehmen auffiel? Nun, Herr G., der im Kriege nach der Schweiz desertiert war und erst auf den Schultern der dreifach verruchten Revolution in sein geliebtes Bagerland zurückkehrte, hat eben seine „Jauntremmel“ im Kopf, sondern ist ein gewichtiger Mann, der sich nach des Tages Pakt und Hise wohl sein läßt und auf seinen Berliner Sprücheln in einem preussischen Unterrod durchaus nichts Anstößiges erblickt.“

Das erklärt immerhin nicht nur Geist und Ton des Miesbachers, sondern auch seine Freundschaft, die er bei den Nationalisten, Offizieren, Landhändlern und sonstigen Gefinnungsgenossen genießt. ...

Zähne 20 u. 25 Mk. mit Friedenskautschuk
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung vor Gebissen gratis. Kronen v. 50 Mk. an Spez. Zahn ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Halvani, Danziger Straße 1.

Die Zwangsanleihe im Ausbruch Der Ansturm des Besitzes

Der Grundgedanke der Regierung bei der Zwangsanleihe war, nachdem einmal das Steuerkompromiß vom 8. April andere Wege ausgeschloffen hatte, dem Reiche schnell erhebliche Mittel zu verschaffen. Aus innerpolitischen wie aus auerpolitischen Gründen mußte darauf gesehen werden, daß dies mit möglicher Beschleunigung und im möglichst großen Umfang geschah. Diese Mittel sind notwendig einmal zur Abdeckung der Reparationsverpflichtungen, dann um der andauernden Inflation entgegenzuwirken. Das namentlich für den letzteren Zweck die Zwangsanleihe eines der wenigen geeigneten Mittel ist, darüber besteht im allgemeinen in der Theorie Übereinstimmung — nur bei den Politikern nicht, die sie bekämpfen wie sie jede Vermögenssteuer bekämpfen. Der Abbau der Inflation aber liegt durchaus im Interesse der Arbeiterklasse. Allen Bestrebungen, die Zwangsanleihe so zu gestalten, daß sie tatsächlich rasch erhebliche Mittel bringen mußte, konnte sie somit freundlich gegenüberstehen.

Die Regierungsvorlage suchte diesen beiden vornehmsten Gesichtspunkten — erheblicher Umfang und Schnelligkeit des Eingangs — gerecht zu werden durch die Gestaltung des Tarifs sowie durch die Bestimmung über die Verpflichtung zur Vorauszeichnung in Verbindung mit den Bestimmungen über Strafschläge, die für den Fall eintreten sollten, daß die Vorauszeichnung erheblich hinter der Zeichnungspflicht zurückbliebe. Eine Zahl für die Höhe der Zwangsanleihe insgesamt war in der Regierungsvorlage nicht genannt. Der Tarif allein bot keine Garantie dafür, daß tatsächlich eine Summe eingebracht würde, die einen Gegenwert für eine Milliarde Goldmark darstellen würde, wie es ursprünglich vorgesehen war, um so mehr nicht, als alle Schätzungen des Papiermarkwertes des deutschen Volksvermögens vor einer genauen Vermögensaufnahme mehr oder weniger problematisch und willkürlich sind. In diesem Punkte war die Regierungsvorlage ergänzungsbedürftig. Es mußte im Gesetz festgestellt werden, daß die Zwangsanleihe eine Milliarde Goldmark bringen mußte. Die Höhe mußte in Goldmark festgelegt werden, da eine weitere Entwertung der Mark jede Papiermarksumme, die eingesetzt werden würde, ihres inneren Wertes beraubt hätte.

Die Regierungsvorlage sah ferner die Verpflichtung zur Vorauszeichnung auf Grund von Selbsterschätzung der Pflichtigen bis spätestens 1. November 1922 vor. Mit der Einschätzung zur Vermögenssteuer sollte dann im Jahre 1923 die endgültige Einschätzung und endgültige Zeichnung erfolgen. Um zu verhindern, daß bei der Selbsterschätzung und Vorauszeichnung erheblich zu niedrige Beträge angegeben würden, sollte eine Abgabe erhoben werden, die bis zu 70 Prozent des Differenzbetrages gestaffelt war. Die Regierung hatte erwogen, ob sie nicht an Stelle der Abgabe, die einen wirtschaftlichen Nachteil für späte und lässige Zahler bedeutet, einen wirtschaftlichen Vorteil für frühe und gute Zahler in Form der Gewährung eines Diskonts setzen sollte. Sie entschied sich aber in Übereinstimmung mit dem Reichswirtschaftsrat, nicht den Weg der Freiwilligkeit und des Anreizes zur Zeichnung (Diskont), sondern den Weg des staatlichen Zwanges zu gehen (Abgabe). Das System war zu billig. Es ließ freilich für den Zeichnungspflichtigen noch die Möglichkeit, darauf zu spekulieren, daß infolge fortwährender Entwertung der Mark ein verpätet gezahlter Betrag vermehrt um den Strafschlag insgesamt einen geringeren inneren Wert haben könnte als ein rechtzeitig gezahlter Betrag ohne Abgabe. Auch hier war eine Lücke auszufüllen. Der Tendenz zur spekulativen Verzögerung der Zeichnung mußte durch die Festsetzung der Zeichnungspflicht in Goldmark nach dem Dollarkurs vom 1. November ein Niegel vorgeschoben werden.

Im Sinne des Mantelgesetzes lag eine niedrige Verzinsung der Zwangsanleihe nach einer zinslich zinslosen Zeit. Die Regierungsvorlage sah deshalb vor, daß bis 31. Oktober 1925 die Zwangsanleihe unverzinstlich sein, in den nächsten fünf Jahren mit 2½ Prozent, und vom 1. November 1930 an mit 4 Prozent jährlich verzinst werden sollte.

Im allgemeinen war die Regierungsvorlage, unter diesen drei Gesichtspunkten gesehen, eine Ausgestaltung der Zwangsanleihe, die die Arbeiterpartei als eine Grundlage für Verbesserungen in dem oben angegebenen Sinne annehmen konnten. Aber schon im Reichsrat begann die Abschwächung der Regierungsvorlage. Entgegen der Regierungsvorlage wollte der Reichsrat die Höhe der Zwangsanleihe auf 60 Milliarden Papiermark festsetzen, und außerdem die Verzinsung sofort mit 4 Prozent einsetzen lassen. Und gleichzeitig begann in der Öffentlichkeit eine lebhafte Agitation gegen die Zwangsanleihe in der Gestalt der Regierungsvorlage.

Der Angriff wurde eröffnet durch Dr. Helfferich in einer Artikelserie in der „Deutschen Zeitung“, die er dann wie seine Reden gegen die Regierung in Broschürenform verbreiten ließ. Er hüllte seine Angriffe in den Mantel der „nationalen Opposition“, in Wirklichkeit stand dahinter die Sorge um die Besitzinteressen in Deutschland. Es gehört ja zur Taktik Helfferichs, daß er durch Opposition gegen die notwendig drückenden Steuermaßnahmen der Republik, in denen seine Politik im Kriege die Republik mitgezwungen hat, Mitteläuser für die deutschnationale Partei zu gewinnen sucht. Daher der Kampf gegen Erzberger, gegen Rathenau, daher der Kampf gegen die Zwangsanleihe. Und seine Angriffe gegen die Zwangsanleihe waren nicht das geringste Glied in der Kette, die die „nationale Pogrom- und Mordstimmung“ schuf.

Deutsche Volkspartei und Deutsch-Demokraten aber folgten nach. Der Danabund, in dem Politiker und Wirtschaftler beider Parteien ein Herz und eine Seele sind, veranstaltete eine Kundgebung, die nicht minder kräftig gegen die Zwangsanleihe vom Leder zog als Dr. Helfferich. So der in der Zwangsanleihe eine Katastrophe der deutschen Wirtschaft, so Dr. Dernburg darin eine „Kateridee des Reichsfinanzministeriums“. Die Angriffspunkte waren bei Helfferich wie beim Danabund im großen und ganzen die gleichen. Handelskammern und Interesservertretungen schlossen sich an. Die Front des Besitzes ohne Unterschied der Partei gegen den Gesetzentwurf wurde zusammengeschlossen.

So erfolgte denn in den Sitzungen des Steuerausschusses des Reichstags bei der Beratung der Zwangsanleihe in erster Lesung ein allgemeiner Ansturm von bürgerlicher Seite gegen die Regierungsvorlage, um sie zu verschlechtern. Er richtete sich im allgemeinen auf fünf Punkte. Erstens gegen die Höhe der Zwangsanleihe. Das äußerste, wozu sich die bürgerlichen Parteien verstehen wollten, war 60 Milliarden Papiermark. Zweitens gegen die Verpflichtung zur Vorauszeichnung in Verbindung mit den Abgaben. Drittens gegen den Tarif, der ihnen zu hoch war, obgleich danach bei einem Vermögen von 1 Million erst 40 000 Mark Zwangsanleihe, also noch nicht 5 Prozent, zu zeichnen ist. Viertens gegen den Zinssatz von 2½ Prozent in den ersten fünf Jahren, den sie erhöht wissen wollten; und fünftens forderten sie, daß eine Verpflichtung der Reichsbank und der Darlehnskassen zur Lombardierung der Zwangsanleihe in das Gesetz aufgenommen werden sollte. Das hätte bedeutet, daß der Staat auf der einen Seite Papiergeld auf die Zwangsanleihe eingenommen hätte, auf der anderen Seite aber Papiergeld zur Lombardierung der Zwangsanleihe hätte ausgeben müssen, so daß die deflationistische Wirkung der Zwangsanleihe völlig ausgeschaltet worden wäre. Darüber hinaus aber waren alle bürgerlichen Parteien einig und entschlossen, die Zwangsanleihe nicht Gesetz werden zu lassen, wenn sie nicht gleichzeitig eine Kompensation in Gestalt einer erheblichen Verschlechterung der Erbschaftsteuer erhalten würden. Sie forderten gleichzeitige Beratung ihres Antrags auf Verschlechterung der Erbschaftsteuer mit der Zwangsanleihe. Scharf prononciert erklärte der Führer der Deutschen Volkspartei: seine Fraktion würde alles daran setzen, um die gleichzeitige Beratung zu erzwingen, im anderen Falle ebenso alles daran setzen, um das Zustandekommen der Zwangsanleihe zu verhindern. Entweder alles vor den Ferien oder nichts vor den Ferien.

Dieser bürgerliche Ansturm gegen die Regierungsvorlage verfolgte nicht nur finanzpolitische Ziele, sondern allgemeinpolitische Ziele. Zur selben Zeit fanden im Auswärtigen Ausschuss die Auseinandersetzungen über die Reparationspolitik der Regierung, im volkswirtschaftlichen Ausschuss die Beratungen über die Getreidenulage statt. Überall wurde versucht, eine entschiedene Kursbestimmung der Regierung nach Rechts hin durchzusetzen, die bürgerliche Koalition vorzubereiten. In diesem Zwecke eröffnete im Steuerausschuss der Abgeordnete Dr. Becker den Angriff in schärfster Form. Er forderte die Durchführung der Garantien, die beim Abschluß des Steuerkompromisses von der Deutschen Volkspartei verlangt worden waren, die Einschränkung der Verwaltungskosten, namentlich bei der Eisenbahn, eine Tarifpolitik der Eisenbahnen zugunsten der Industriellen. Die Zwangsanleihe und die Vorlage, die Haltung der Re-

gierung in den wichtigsten politischen Fragen, bezeichnete er als Verstoß gegen Treu und Glauben.

Der Abgeordnete Dr. Helfferich benutzte die Beratung der Zwangsanleihe um erneut die Reparationspolitik der Regierung zu bekämpfen und wieder einmal den psychologischen Moment für gekommen zu bezeichnen, an dem die Reparationslast abgewälzt werden könne. Die Demokraten aber liebäugelten mit der Deutschen Volkspartei. Hinter der bürgerlichen Front aber stand der geschlossene Block der Großindustrie, derselben Leute, die mit dem sogenannten „Kreditabkommen“ die Sachverteilung sabotierten, die dann mit der Zwangsanleihe der Ausführung des Kreditabkommens entrannen, und die nun die Zwangsanleihe bekämpfen. Ausdrücklich stützte sich Helfferich auf „Stimmen aus den Kreisen der großen Wirtschaft, die sich früher günstig für die Zwangsanleihe ausgesprochen, und die jetzt ihre Ansicht geändert haben.“ Er erklärte: „Die ganzen verantwortlichen Führer der Wirtschaft sind einstimmig der Ansicht, daß der Entwurf, wie er vorliegt, eine Katastrophe in der deutschen Wirtschaft hervorrufen muß.“

Der Erfolg der bürgerlichen Parteien bestand in folgendem: die Höhe der Anleihe wurde auf 60 Milliarden festgesetzt, obgleich eine Goldmilliarde damals 80 Papiermilliarden und heute 100 Papiermilliarden wert ist; die Verzinsung beginnt jetzt am 1. November 1925 mit 4 Proz. gegenüber 2½ Proz. der Vorlage, und vom 1. November 1930 mit 5 Proz. gegen 4 Proz. der Vorlage; die Verpflichtung zur Vorauszeichnung wurde aufgehoben und für freiwillige Vorauszeichnung ein Diskont gewährt, mit anderen Worten, der Staat soll durch Gewährung eines wirtschaftlichen Vorteils erkaufen, was er als Erfüllung staatsbürgerlicher Pflicht fordern kann. In den beiden anderen Punkten — Verschlechterung des Tarifs und Lombardpflicht der Darlehnskassen für Zwangsanleihe — blieben die bürgerlichen Verschlechterungsabsichten ohne Erfolg.

Im allgemeinen zeigte der Gang dieser Beratungen die Zuspitzung der innerpolitischen Situation, das wachsende Kraftgefühl der Reaktion, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die immer deutlicher sichtbar werdende Entwicklung der Demokraten zur Deutschen Volkspartei hin, die so stark schon geworden war, daß zeitweilig die demokratischen Vertreter verbissen und beschränkter, ohne allen politischen Blick vom reinen Interessenegoismus deutlicher noch als die Deutsche Volkspartei getrieben, gegen die Vorlage ankämpften, als die um Becker. So wurden diese Beratungen symptomatisch für die innerpolitische Entwicklung vor dem feigen Mordanschlag gegen Rathenau, daß in jenem erschütternden Augenblick, als die Kunde von dem Mord in den Steuerausschuss kam, sich die Empörung und Erbitterung der sozialdemokratischen Vertreter nicht nur gegen Helfferich wandte, sondern auch gegen die Demokraten, und sich entlud in dem zornigen Vorwurf: „Ihr arbeitet mit denen Hand in Hand!“

Eine Probe aufs Exempel

In der nächsten Berliner Stadtverordnetenversammlung soll die vom Magistrat beschlossene Umwandlung der städtischen Güter in eine G. m. b. H. und ihre Ausdehnung an ein landwirtschaftliches Konsortium beraten werden. Diese Vorlage bedeutet eins der gefährlichsten Attentate auf die Interessen der Berliner Bevölkerung. Seit Monaten konnte der Magistrat zu keiner klaren Entscheidung der Frage der Güterverpachtung kommen. Trotzdem von allen Seiten die Umgestaltung in eine andere Wirtschaftsform verlangt wurde, um zu verhindern, daß die Güter schließlich doch dem Privatkapital ausgeschädigt werden müßten, ließ der Magistrat die Sache schleifen. Jetzt kommt er mit einer Vorlage, die hinter einem Schutzwall juristischer Klauereien tatsächlich die Güter entkommunalisiert. Entscheidend für die Verabschiedung wird die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Rathaus sein. Noch bei der Staatsberatung erklärte der Sprecher der Sozialdemokratie offiziell im Auftrage seiner Fraktion, daß sie einer Verpachtung der Güter mit allen Mitteln widersprechen wird. Wir erwarten, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der Beratung dieser Vorlage bei dem Steiben wird, was sie bei der Staatsberatung erklärt hat. Für die gemeinsame Arbeit der sozialdemokratischen Fraktionen, die nirgends so notwendig ist, wie im Berliner Rathaus, würde die Zustimmung der SPD. zu dieser Magistratsvorlage einen kaum zu überwindenden schweren Schlag bedeuten. Hoffentlich berücksichtigt die sozialdemokratische Fraktion auch dieses Moment bei ihrer Entscheidung.

Mengenabgabe vorbehalten

Saison-Ausverkauf

Tisch- und Hauswäsche

Tischtücher reinlein. Jacquard
130x 160 355.- 160x 437.- 160x 765.-
160 160

Servietten 60x60 cm St. 69.50

Kaffeedecke doppelseitig
120x 120 117.50 120x 150.-

Küchentuch Körperqualität,
weiß-rot kariert, 57x57 cm 32.50

Damenkleidung

Morgenrock
aus bedruckt. Washstoff 98.-

Rock aus marineblauem
Cheviot, plissiert..... 298.-

Kleid aus Frotté bestickt 595.-

Kleid aus reinwollen.
Cheviot mit Stickerei 625.-

Kleiderstoffe

Reinwollen. Musselin
bedruckt..... Mtr. 98.-

Rock-u. Kleiderstoffe
römisch gemust., 105 cm 145.-

Reinseid. Taft schottisch
kariert, 95 cm.... Mtr. 298.-

Batist marineblauer Grund
mit Stickerei..... Mtr. 45.-

Knabenkittel weißer Wasch-
stoff mit farb. Stickerei 50-55cm 82.-

Mädchenkleid farbiger Washstoff
Lg. 60-80 165.- 85-105 215.-

Herrn-Sport-Anzüge
aus grünem Loden..... 1850.-

Handschuhe für Damen,
Leinen-Nachahmung..... 28.50

Reinlein. Taschentücher
für Damen u. Herren, m. kleinen Fehlern
Serie I 15.- II 22.- III 29.-

Damen-Strümpfe
Baumwolle, schwarz..... 39.-

Damen-Strandjäckchen Rein-
wolle, gestrickt, in viel. Farben 87.-

Regenschirm Halbseide
m. seid. Futter, l. Dam. u. Herren 268.-

Damen-Handtasche
schwarz Leder m. braun. Verschl. 69.-

Halbstore aus Etamin.... 150.-

Künstler-Garnitur aus
gewebtem Tüll, elfenbeinfarb. 415.-

5

Tage

Bis einschließlich
Freitag, d. 21. Juli

WASSEL

GEGR. 1815 * BERLIN C * KÖNIGSTR. * SPANDAUERSTR.

Die Achtung vor den Angehörigen

A. G. Sie heuchelten Menschlichkeit in allen Melodien der Herzengüte, die Angeklagten in der rechten Sänderede des Reichstages. Die deutschnationalen Schauspieler mimten pharisäisch die engelgleichen Beschützer aller Unschuldigen, wie solche — ach den Begriffen der Erzengel Heiferichs — durch das republikanische Schuggeiz etwa in die Gefahr einer Rechtfertigung wegen Beihilfe zu strafbareren Handlungen kommen könnten. Es gelang ihnen auch mit Hilfe des Zentrums eine Abänderung jener Bestimmung der Regierungsvorlage, welche auch die Mitwisser im Familienkreise der Mordgesellen strafend zur Rechenschaft ziehen will. Wie jammerten die Patentdeutschen, deren Gelder in die Zentralkasse der mörderischen Geheimbünde fließen, über den Mangel an Herzengüte und schonende Rücksichtnahme auf die durch das Elend des Blutes mit den zu ermittelnden Verbrechern vereinten Angehörigen. Ihre etwaige Mitwisserchaft muß aus dem Gebot der Verfüggung straflos bleiben.

Von dieser liebevollen Rücksichtnahme auf nächste Verwandtschaft findet man kein Verständnis bei der verbrecherischen Sturmfronte deutschnationaler Mörderzentralisation, die in jetzt geoffenbarten Beziehungen zu Stabs-offizieren der Abtuchgarden stehen. Ein klassisches Zeugnis ist jener Brief, der von einem Offizier der Münchener Geheimorganisation C geschrieben wurde und sich unter ähnlichen Dokumenten beim Anlagematerial des Geheimbündeprozesses befindet. Da dieses Dokument der Schande bei der Schwurgerichtsverhandlung gegen Leutnant v. Killinger zur Verleugung kam, ist seine Veröffentlichung gestattet. Hier das Schriftstück eines nationalen Helden:

Münster, Sommerferienende 21. Warnung!

Nicht der Waise einer menschgewordenen Pestbeule am deutschen Volkkörper, sondern der Mutter den dringenden dringenden Rat, sich mit Beschleunigung samt kompletter Familie aus Bayern verflüchtigen zu wollen. — Sollte Ihr Waise, die zeitliche Differenz 1919 bis 1921 in-quantierend, hoffen, wiederum eine, den national empfindenden Teil des deutschen Volkes belustigende, politisch prominente Rolle spielen zu können, so bekommt dieser wahnsinnige Schilling an deutscher Liebe nicht etwa bloß einen Dutzettel wie die Judenbuben Dr. Dirksfeld — dieser Schweinmael — oder Zäner, oder der geschickte Jesuitenhengst Erzberger, sondern gleich Viebkuch, Lugenburg, Haak, Eisner und Gareis wird dieser Kleinfisch beim Auftauchen im politischen Reichsbilde Münchens nicht ab strato.

Sondern kalibriert elegant abgeschossen wie ein Kölner Rauchtropfen in einer Jahrmarktschilde.

Unertaglich widerwärtig sind vollends ganz und halbgebildete Schmitzmeister als politische Exaltados. Hat Ratt als pflichtbewußter Minister solche Schindlinge beruflich unschädlich zu machen, so ist es unsere Pflicht — getragen von der Zustimmung des ebedenkenden Volksteils — dieselben physisch zu eliminieren. Das möge auch der hyperkluge Rattenläufer Auer beherzigen.

Die Mutter ist gewarnt! Qui vivra vorra!
22. 6. 21.
J. A.: Das schwarze Hundert, Gau Südbayern, Frau Rieklisch, Landtagsabgeordnetengattin, Augsburg, Stettinstraße.

Als Verfasser dieser Vorandrohung, gerichtet an die Mutter des zur Lynch-Verurteilung bayerischen Abgeordneten der USPD, ist der Münchener Leutnant Müller der Konsulorganisation von der Bornierlungung selbsteigelt worden. Als unzerbrechlicher Zeuge vernommen, bestritt Müller, den Brief geschrieben zu haben, wie überhaupt er und seine Geheimbundsbrüder, mit den Kriegsmordzeichen am Salonrocke geschmückt, als Zeugen in wohlorganisiertester Flucht vor der Wahrheit alles wegstritten, was ihnen abzuleugnen anempfohlen war. Das Gutachten des Schreibfachverständigen gestattete dem Gericht keinen Zweifel daran, daß der feige Leugner nicht zum eigenen Werke steht. Schließlich beteuert er vielleicht noch, daß nur aus Liebe zur Mutter des erforderten Opfers, die er warnte, dieser mit deutschnationalem Rosenwasser geschriebene Brief verfaßt und abgesandt worden ist.

Die Mitschuld der Justiz

Aus Richterkreisen schreibt man uns: Am Tage nach der Ermordung Erzbergers veröffentlichte der Schriftsteller Lehmann im „Spandauer Tageblatt“ einen Artikel mit der Überschrift: „Aufs Schauplatz! Das zweite Opfer, Helio von Gerlach“. Er erhielt dafür von der Strafkammer des Landesgerichts II: 200 Papiermark Geldstrafe. Der Staatsanwalt Dr. Mann hatte gleichfalls nur Geldstrafe beantragt. Der Staatsanwalt des Justizministers, Ministerialrat Dr. Ruhn, mifflizierte in der Landtagsdebatte vom 20. Mai 1922, als der Abgeordnete Knauer dieses Verfahren angegriffen hatte, zwar den Antrag des Staatsanwaltes, behauptete aber, daß in dem Artikel nicht zur Ermordung, sondern zur Mißhandlung des früheren Unterstaatssekretärs von Gerlach aufgefordert worden sei und erklärte, daß die Ueberschrift „Aufs Schauplatz!“ soviel bedeuten solle wie „An den Pranger.“

In der Landtagsdebatte vom 22. Mai 1922 erwähnte die kommunistische Abgeordnete Frau Volkstein den Fall des Handlungsgehilfen Knauer, der vom Schöffengericht Soltau wegen unerlaubter Entfernung von der am Rapp-Putsch beteiligten Ehrhardt-Truppe zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden sei, der nicht einmal aus politischen Gründen gelächelt, sondern deshalb, weil ihn sein vorgelegter Leutnant mit Peitschenhieben ins Gesicht bedroht habe.

Der Vertreter des Justizministers, Ministerialdirektor Friese, gab zwar zu, daß es „zunächst“ verwunderlich scheine, wenn man gegen einen Mann, der von der Ehrhardt-Truppe weggegangen, wegen unerlaubter Entfernung eingeschritten sei. Das Justizministerium habe sich aber mit dem Reichswehrminister in Verbindung gesetzt und von ihm die Auskunft bekommen,

„daß die aus Berlin herausgeführte Ehrhardt-Truppe zweifellos — hatte Herr Wehler wirklich keinen Zweifel? — als Truppe im Sinne des Militärstrafgesetzbuches anzusehen war und daß auch ein dringendes Bedürfnis bestand, daß die Leute sich nicht beliebig entfernen konnten und das Land überschwemmen, sondern daß sie ordnungsmäßig entlassen und bis dahin aufammengehalten würden.“

Herr Friese hält also eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen für gerecht, wenn nach einem hochverräterischen, blutigen Putsch den Verbrechern im Offiziersgewand der Ehrhardt-Brigade der Gehorham verweigert wird, aus deren Reihen die Schulz, Tilleßen, Tschow, Fischer und Knauer und andere Mörder der Organisation C hervorgegangen sind.

Eine solche Stellungnahme von Vertretern des Justizministeriums, durch die sich monarchistische Mordhörer und Hochverräter in ihrem Treiben ermutigt fühlen müssen, kann in einem republikanischen Staat nicht länger geduldet werden. Ebensonenig kann auch nur einen Tag länger geduldet werden, daß der Vorsitzende des deutschnationalen Wahlvereins von Lantwig, Geheimrat Preiser, als Personalreferent im Justizministerium über die Anstellung und Beförderung der Richter und Staatsanwälte in Berlin, Pommern und Brandenburg entscheidet. Allzulange schon sind in diesen Bezirken Monarchisten bevorzugt, Republikaner zurückgesetzt worden. Allzulange haben Verehrer Wilhelm II. und der schwarz-weiß-roten Fahne als Land- und Oberlandesgerichtspräsidenten die Kollegen der Strafrichter und der Geschworenen in politischen Prozessen einseitig zum Schaden der Republik zusammengelesen.

Ehe die Auswahl der Richter und vor allem der Präsidenten nicht aus den Händen der Friese, Ruhn und Preiser genommen und ausschließlich in die Hände von zweifelsfreien Republikanern gelegt ist, gibt es keinen zuverlässigen Schutz der Republik und des arbeitenden Volkes.

Das nationallistische Verbrechertum in Oberschlesien und die KPD

Aus Gleiwitz wird uns geschrieben: „Unter der Ueberschrift: „Das nationallistische Verbrechertum in D.S.“ beschäftigt sich die „Rote Fahne“ in der Nr. 310 mit den letzten ober-schlesischen Vorkäufen. Soweit darin die politischen Verhältnisse beleuchtet, der sogenannte Selbstschutz und sein Treiben, die passive Haltung der Behörden dazu beschrieben werden, stimmt das. Die USPD und die freien Gewerkschaften verurteilen und bekämpfen diese Vorkäufe auf das schärfste. Gänzlich entfehlt werden jedoch im obenerwähnten Artikel die Vorgänge in bezug auf die Stellungnahme der freien Gewerkschaften und der USPD zu der nationallistischen Demonstration am 5. Juli. Unter der fettdruckten Ueberschrift „Der nationallistische Aufmarsch und sozialdemokratische Politik“ behauptet der Artikelsschreiber, die Deffektivität irreführend, daß Gewerkschaftsartikel und USPD-Beschlüsse haben, sich auch an der nationallistischen Demonstration zu beteiligen. Diese Behauptung ist unwahr und erfunden, sie kommt schon wieder einmal aus der Schmutzlebenskrumpfsammer irgendeines Eigenbrödlers der kommunistischen Partei. In der Woche vom 25.—30. Juni fanden Funktionär- und Betriebsratssitzungen in Gleiwitz statt zum Zwecke einer Vorbereitung über die Stellungnahme der Arbeiterschaft zu der Demonstration am 5. Juli, welche von nationallistischen und monarchistischen Elementen organisiert war. In der Sitzung am 30. Juni berichteten die Betriebsräte, daß zahlenmäßig die Mehrheit der Betriebsbelegschaften am Tage der nationallistischen Demonstration nicht arbeiten wird. In dieser Sitzung waren die freien Gewerkschaften und die USPD offiziell nicht vertreten. Es wurde ein Ausschuß erwählt, in den auch Funktionäre von der kommunistischen Partei delegiert wurden. Dieser Ausschuß forderte in einem Aufruf, die Republikaner für den 5. Juli an einem bestimmten Orte zum Sammeln auf. Am 1. Juli bekam das Gewerkschaftsamt die Aufforderung vom Bundesvorstand zu der bekannten Kundgebung am 4. Juli. Am 2. Juli fand abermals eine Sitzung der Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien statt, in der die Organisation für die Kundgebung am 4. Juli festgelegt und zu der nationallistischen Demonstration am 5. Juli und dem Aufruf des Ausschußes Stellung genommen wurde. Auf Antrag der kommunistischen Partei wurde ein Aktionsausschuß zur Durchführung der republikanischen Aktionen eingeleitet. In der Sitzung des Aktionsausschußes wurde von der USPD und den freien Gewerkschaften sowohl wie von der kommunistischen Partei erklärt, daß sie eine Demonstration mit Monarchisten und Nationalisten ablehnen. Um die monarchistische Demon-

stration am 5. Juli abzuweichen, den Aufruf des Ausschußes an die Republikaner abzugeben wurde eine Gegen-demonstration beschlossen mit der Parole: „Zug um Zug um den Republik, Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern, Zimmerern, Holzarbeitern, Klempnern und Glasarbeitern um wirtschaftliche Forderungen. Die Beteiligung an dieser Demonstration war verhältnismäßig so gering, daß von einer Durchführung der Demonstration abgesehen wurde. Irrtümlicherweise schlossen sich einzelne republikanisch gesinnte Bürger einer, am Sammelort der Republikaner vorbeimarschierenden nationallistischen Demonstrationsgruppe an, u. a. auch führende Funktionäre der kommunistischen Partei. Nach einer kurzen Rede zerstreute sich aber auch dieser kleine republikanische Anhang, so daß an der nationallistischen Demonstration offiziell die republikanische Gruppe nicht teilnahm. Wenn nunmehr die Beteiligung an Massenbewegungen oder republikanischen Demonstrationen in D.S. schwach ist, um mit der KPD zu reden, so trägt sie ein gerütteltes Maß Schuld daran. Anstatt die ober-schlesischen Arbeiter zum Sozialismus zu erziehen, so trägt sie den freien Gewerkschaften aufzuführen, sieht sie ihre vornehmste Aufgabe darin, den Kampf ausschließlich gegen Führer der freien Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien durch Beschimpfungen, Verleumdungen und Verdächtigungen zu führen. Diese Methode hat selbstverständlich zur Folge, daß die Arbeiter, die erst für den Sozialismus gewonnen werden sollen, angewidert von so einer Politik mit vollen Segeln zu den Gegnern überlaufen.

Dies müßte doch auch endlich die kommunistische Partei einsehen.

Aus der Partei

Ein Schreiben Karl Rautskys

Anlässlich meiner Augenkrankung sind mir so viele Beweise von Sympathie zugegangen, daß es mir unmöglich ist, jedem meiner Freunde besonders zu danken. Ich bitte Sie, meinen Dank an dieser Stelle entgegenzunehmen. Leider sind die Aussichten gering, daß das erkrankte Auge seine volle Sehkraft wiedergewinnt. Jedes hoffe ich, daß es mir vergönnt sein wird, auch mit einem Auge noch manches für unsere Sache zu leisten und Großes und Erhebendes zu sehen, so vor allem die organisatorische Einigung der deutschen Sozialdemokratie und den Wahlsieg der britischen Arbeiterpartei. Diese beiden gewaltigen Ereignisse werden Epoche machen in der Geschichte des proletarischen Aufstiegs zum Sozialismus. Sie werden der fortschreitenden Reaktion einen unübersteiglichen Damm entgegensetzen und das Proletariat aller Länder befähigen, von der Defensiv-, in die es gedrängt worden ist, zur Offensive überzugehen. Diese frohe Erwartung muß uns hinweghalten über all die Trübe, was uns die letzte Zeit gebracht hat.

Mit Parteigrüß Karl Rautsky.

Dankagung

Von dieser Stelle aus möchte ich allen, die mir zum Tode meines Mannes Beileidskundgebungen dargebracht haben wie auch allen, die teilnahmen an den Trauerfeiern, meinen innigsten dank aussprechen. Wenn ich mich auch auf diese generelle Dankagung beschränken muß, so möchte ich doch hinzufügen, daß die mir bezeugte Teilnahme ein wohl-tuender Trost in diesen schweren Tagen gewesen ist.
Berlin-Stealitz, 18. Juli 1922.
Frau Martha Däumig.

7. Distrikt (Gesundbrunnen). Achtung, Genossinnen, Montag früh 8 Uhr Treffpunkt Christianiapromenade, Ecke Koloniestraße, Abmarsch zur Badepartie nach Freibad Blögensee.

Jugendbewegung

Secretariat: Breite Straße 6/9, Dienstag und Mittwoch Paternalienabend und Abrechnung der Gruppen. — Juli-Feiern sind abzuholen. — Donnerstag, 7. Juli, Zentralvorstandssitzung. — Sämtliche Angehörigen müssen unbedingt abgelaufen werden. — Wochenprogramme sind spätestens am Donnerstag in der Zentrale abzugeben.

Agitationsbezirke.
Keroblen: Dienstag, 7. Juli, Gefängnis des Oberamts, Gefängnisstraße 25, Verbandsabend des Gefängnisbezirks. — Montag, 16. Juli, Schule Uberschlagener Straße 14, Beginn des Besuchsbesuchs. — 1. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 2. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 3. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 4. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 5. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 6. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 7. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 8. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 9. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 10. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 11. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 12. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 13. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 14. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 15. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 16. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 17. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 18. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 19. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 20. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 21. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 22. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 23. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 24. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 25. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 26. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 27. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 28. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 29. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 30. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 31. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 32. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 33. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 34. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 35. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 36. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 37. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 38. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 39. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 40. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 41. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 42. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 43. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 44. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 45. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 46. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 47. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 48. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 49. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 50. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 51. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 52. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 53. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 54. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 55. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 56. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 57. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 58. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 59. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 60. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 61. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 62. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 63. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 64. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 65. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 66. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 67. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 68. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 69. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 70. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 71. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 72. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 73. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 74. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 75. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 76. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 77. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 78. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 79. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 80. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 81. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 82. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 83. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 84. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 85. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 86. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 87. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 88. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 89. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 90. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 91. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 92. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 93. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 94. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 95. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 96. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 97. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 98. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 99. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 100. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 101. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 102. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 103. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 104. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 105. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 106. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 107. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 108. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 109. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 110. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 111. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 112. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 113. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 114. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 115. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 116. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 117. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 118. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 119. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 120. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 121. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 122. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 123. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 124. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 125. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 126. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 127. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 128. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 129. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 130. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 131. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 132. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 133. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 134. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 135. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 136. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 137. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 138. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 139. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 140. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 141. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 142. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 143. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 144. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 145. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 146. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 147. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 148. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 149. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 150. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 151. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 152. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 153. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 154. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 155. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 156. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 157. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 158. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 159. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 160. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 161. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 162. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 163. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 164. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 165. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 166. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 167. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 168. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 169. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 170. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 171. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 172. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 173. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 174. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 175. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 176. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 177. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 178. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 179. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 180. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 181. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 182. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 183. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 184. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 185. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 186. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 187. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 188. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 189. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 190. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 191. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 192. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 193. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 194. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 195. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 196. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 197. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 198. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 199. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 200. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 201. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 202. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 203. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 204. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 205. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 206. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 207. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 208. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 209. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 210. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 211. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 212. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 213. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 214. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 215. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 216. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 217. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 218. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 219. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 220. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 221. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 222. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 223. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 224. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 225. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 226. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 227. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 228. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 229. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 230. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 231. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 232. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 233. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 234. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 235. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 236. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 237. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 238. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 239. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 240. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 241. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 242. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 243. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 244. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 245. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 246. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 247. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 248. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 249. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 250. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 251. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 252. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 253. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 254. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 255. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 256. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 257. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 258. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 259. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 260. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 261. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 262. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 263. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 264. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 265. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 266. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 267. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 268. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 269. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 270. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 271. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 272. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 273. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 274. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 275. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 276. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 277. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 278. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 279. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 280. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 281. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 282. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 283. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 284. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 285. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 286. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 287. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 288. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 289. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 290. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 291. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 292. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 293. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 294. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 295. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 296. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 297. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 298. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 299. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 300. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 301. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 302. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 303. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 304. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 305. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 306. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 307. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 308. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 309. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 310. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 311. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 312. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 313. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 314. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 315. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 316. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 317. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 318. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 319. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 320. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 321. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 322. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 323. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 324. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 325. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 326. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 327. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 328. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 329. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 330. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 331. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 332. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 333. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 334. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 335. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 336. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 337. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 338. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 339. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 340. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 341. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 342. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 343. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 344. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 345. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 346. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 347. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 348. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 349. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 350. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 351. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 352. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 353. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 354. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 355. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 356. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 357. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 358. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 359. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 360. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 361. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 362. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 363. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 364. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 365. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 366. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 367. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 368. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 369. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 370. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 371. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 372. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 373. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 374. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 375. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 376. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 377. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 378. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 379. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 380. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 381. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 382. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 383. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 384. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 385. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 386. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 387. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 388. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 389. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 390. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 391. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 392. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 393. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 394. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 395. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 396. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 397. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 398. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 399. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 400. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 401. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 402. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 403. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 404. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 405. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 406. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 407. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 408. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 409. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 410. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 411. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 412. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 413. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 414. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 415. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 416. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 417. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 418. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 419. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 420. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 421. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 422. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 423. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 424. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 425. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 426. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 427. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 428. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 429. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 430. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 431. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 432. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 433. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 434. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 435. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 436. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 437. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 438. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 439. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 440. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 441. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 442. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 443. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 444. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 445. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 446. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 447. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 448. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 449. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 450. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 451. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 452. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 453. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 454. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 455. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 456. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 457. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 458. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 459. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 460. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 461. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 462. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 463. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 464. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 465. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 466. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 467. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 468. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 469. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 470. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 471. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 472. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 473. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 474. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 475. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 476. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 477. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 478. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 479. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 480. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 481. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 482. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 483. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 484. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 485. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 486. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 487. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 488. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 489. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 490. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 491. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 492. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 493. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 494. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 495. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 496. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 497. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 498. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 499. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 500. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 501. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 502. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 503. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 504. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 505. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 506. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 507. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 508. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 509. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 510. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 511. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 512. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 513. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 514. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 515. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 516. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 517. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 518. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 519. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 520. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 521. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 522. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 523. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 524. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 525. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 526. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 527. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 528. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 529. Abteil: Der Besuchsbesuch. — 530. Abteil: Der Besuchsbes

Berliner Arbeiter auf Urlaub

Im Eldorado der Krautfunker — Republikanisch-monarchistische Reichswehr — Schwarz-weiß-rote Fahrendiebe

Nachfolgende Stellen entnehmen wir Zusammenfassungen aus unterem Verzeichnis, in denen Land, Leute und Verhältnisse während des Urlaubs geschildert werden.

Ostelbien

Noch mehr als zu Wilhelm's Zeiten ist heute Ostelbien — das Land südlich der Elbe — das Eldorado der Maratier. Jeder Berliner Arbeiter mußte Gelegenheit haben, das Land mit offenen Augen durchzusehen zu können. Es ist sehr lehrreich — mehr als in einer Hinsicht.

Die Republik ist den Bewohnern ein Nibis. Wilhelm hängt in allen Schulen und an sonstigen öffentlichen Stellen. Keiner ist da, der die Befestigung anordnet. Es würde sich wohl auch kaum jemand finden, der den Mut aufbrächte, die Bilder zu entfernen.

Es gibt Güter, auf denen kein organisierter Arbeiter geduldet wird. Die Herren sorgen für ihre Leute und dulden keine Nebenregierung. Wer nicht pariert, der fliegt. Und in Verlegenheit kommen die Gutbesitzer nicht. Es finden sich genug willige Hände.

Trauria müdet es den Städter an, daß unendliche Strecken Kulturlandes brachliegen. Der Gutbesitzer zieht ja aus jedem beackerten Morgen so viel Nutzen, daß er bei Großgrundbesitz gern einen erheblichen Teil nicht bestellt. Beschalt mehr anbauen? Um vielleicht selbst zur Preisermäßigung beitragen und die Arbeiterlohn in den Städten besser zu ernähren, damit sie das Maul noch weiter aufreißten?

Unter den Dorfschulmeistern gibt es kaum Sozialisten. Nach der Revolution sah es in ihren Kreisen erfreulicher aus. Sie fühlten sich freier und wagten die Faust außerhalb der Taube zu zeigen. Jetzt sieht es wieder anders aus. Inzwischen sind auch sie Kuckuckshäuser der Volksnot geworden. Landwirtschaft, große Viehzucht usw. werfen Nebenleistungen ab, die z. T. das Gehalt übersteigen. Im Sommer beschränkt sich der Schulbetrieb mehr oder minder auf ein Zuschalten während der Unterrichtsstunden. Die Arbeiten in der Wirtschaft sind das Wesentliche.

Man schafft sich im Lande in harmloser Weise auch einen Selbstschutz. Jedes Gut hat in seinen Feldhäutern, alle mit Waffen gut ausgerüstet, eine vortreffliche Schutztruppe. Es gibt Güter mit zwölf Feldhäutern. Fast nur das Kommunitätswort (Zusammenname für Arbeiter) anrücken, wir werden sie nachhütend empfangen! Auch hier überzieht die Reaktion das Land mit einem Netz ihrer Organisation.

Im hässlichen Bernsteinbergwerk Palminken streifen die Arbeiter. Bei einer Demonstration wird einer von ihnen erschossen. Die Bauern erzählen, es wäre leider nicht der Richtige getroffen worden. Leider! In der Zeitung steht anderen Tages zu lesen, daß der Gendarm einen Schreckschuß nach unten abgegeben hat, der bedauerlicherweise einen Arbeiter getötet hat. Was macht's, wieder einer weniger, aber leider nicht der Richtige. Den nimmt man bei anderer Gelegenheit aufs Korn. Wir werden auf daran tun, auch diesen Dingen unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Thüringen

Verlassen wir Ostelbien und eilen wir nach Thüringen mit seinen saftigen Bergeshöhen, die einem Großhändler leicht Atemnot verschaffen können. Die rieselnden Quellen, murmelnden Bächlein und das Rauschen des wunderbaren Hochwaldes, sie lassen die kleinen Strapazen sehr bald vergessen. In den Gebirgsorten ist die Glasbläserlei zu Hause. Die Arbeiterschaft des Thüringer Waldes ist politisch organisiert und auch in den kleinsten Orten trifft man Gleichgesinnte, Arbeiterjugend zieht durch schmale Straßen und singt die Internationale. Erklaunt lauscht man den Klagen des Viehes und ist in Gedanken sofort beim Berliner Proletariat, das in erster, würdiger Weise so oft unter den Klagen dieses Viehes für Klassen- und Menschheitsforderungen demonstriert hat.

Aber auch die Reaktion hat in Thüringen ihre Plätze. Alte und neue Reiche, Schieber, Kriegs- und Revolutionsgewinnler hoden in den zahlreichen Kurorten und machen mit ihren Autos durch wahnwitziges Fahren die Straßen unsicher und verpesten die ozonreiche Luft.

Auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf fand im Juni d. J. eine größere Übung der Reichswehr statt. Beim Abmarsch zog das Reiter-Regiment 16 durch den Ort Friedrichsroda, voran der „Herr Oberst“; plötzlich ertönt das Kommando „Halt“ — „Abmarschieren“. Selbst ein Teil der Reichswehrsoldaten wunderte sich über den Aufenthalt. Was war der Grund? Beim Durchmarsch der Stad hatte der „Herr Oberst“ plötzlich

einen Zivilisten mit einer Dame gesehen. Nach mehrmaligem Salutieren bog sich der „Herr Oberst“ zum Handkuss herunter. Die Kapelle des Regiments mußte „vaterländische Weisen“ spielen, z. B. „Deutschland über alles“ usw. Wer war nun der Zivilist? Exprinz Friedrich Wilhelm von Preußen, der in Tabarz bei Friedrichsroda wohnt. — Am Abend fand in Tabarz Bismarck mit Kapfenreich statt. Die Mannschaften nahmen Aufstellung zum Kapfenreich, alles sehr angetrieben, Kommando: „Auaa links!“ und der „Herr Oberst“ kommt mit dem Exprinzen anholz'ert. — C — alorische Reichswehr!

An der Ostsee

Vassen wir in Thüringen den Oberst weiter die Hand fassen, die Reichswehr kapfenreicheln und Hohenzollerngroßen Paraden abnehmen — es wird auch einmal anders kommen — und werfen wir einen Blick in das Ostsee-Bad Graal-Würz bei Rostock.

Noble und halbnohle Gesellschaft räkelt sich in den Strandkörben. Kinder bauen Burgen, Mama unterhält sich über die Ansprüche der Diensthöten, deren „stredes“ unerhörtes Ausstreuen und über die Diensthötennot. Der Herr Papa macht große Politik. Nach dem Rezept des Herrn in Amerongen mühten auch seiner Ansicht nach Köpfe liegen, das sei das Beste, um die rote Brut zur Reision zu bringen.

Wenn man so über die zahllosen Strandkörbe hinblickt, grünen Wimpel und Fahnen den Weidauer. Alles schwarz-weiß-rot, außer Landesfarben. Schwarz-rot-weiß, die „Audenfahne“ in verpönt. Wer es wagt, sie auf dem Strandkorb zu hängen, der wird angepöbelt und boykottiert. Soldaten Weuten, die sich zur neuen Reichsfahne bekennen, ist der wohlgemeinte Rat zu geben, mindestens ein Gros solcher Wimpel mitzunehmen, denn das vornehme Gefindel leidet anherdem noch an Alaggenseptomanie — eine schwarz-rot-goldene Alagge weht nicht lange über einem Strandkorb oder einer Sandburg, sie wird — wie der Berliner laut — erklaut. Mit solchen Alaggen gehen sich die Weichheitsleute des Bades erst gar nicht ab. Wer eine Alagge in den jetzigen Reichsfarben fordert wird verständnislos oder herausfordernd angeharrt. Es ist möglich, daß die Weichheitsleute bald ein Schild ins Schaufenster hängen mit der Aufschrift: „Audenfahnen führen wir nicht!“

Wie bist du doch so schön und art, du freie deutsche Republik!

Ein proletarisches Volksfest

Zu den vielen Kulturwerten, welche der im Gefolge des Königs Dampf, seines gigantischen Webereiters, unter lärmendem Maschinengeräusch eingebrachte moderne Kapitalismus brutal zerschmettert hat, gehören auch die Volksfeste. Diese waren, als man die heutige Klassenscheidung noch nicht kannte und Meister und Gesellen sich nicht als feindliche Elemente gegenüberstehend, sondern in enger Gemeinschaft verbunden waren, in wahrhaft beruhigende Höhe gehoben gewesen. Es sei nur an jene herrlichen Zünftfeste gedacht, von denen und Wagners Meistersinger eine bezaubernde Ahnung aufsteigen lassen. Je mehr aber dann die Verfügung über Besitz auch zur Verfügung über Menschen führte und je rücksichtsloser sich diese Verfügungsgewalt äußerte, desto tiefer zog sich die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen, desto mehr trennten sich die Wege, desto lockerer wurde das Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl, bis schließlich alle Bande zerrissen waren und die verbindende Geselligkeit durch trennende Feindseligkeit abgelöst wurde.

Damit zerfielen auch die Feste, und wo man aus Tradition dennoch an ihnen festhielt, da zernagte sie der Kapitalismus an der anderen Seite. Er entdeckte nämlich schnell, daß nicht nur die Arbeit der Menschen, sondern auch ihre Feste Ausbeutungsmöglichkeiten in sich bargen. So ist denn, was heute noch auf den Begriff „Volksfest“ Anspruch erhebt, nur eine andere Form berechnenden Erwerbssweds. So also wirklich Befreiungen zur Wiederbelebung der Volksfeste geltend gemacht werden, da muß gänzlich von vorne begonnen werden. Anknüpfungspunkte irgendwelcher Art an noch bestehende Feste gibt es nicht. Diese sind so gänzlich von ihrem ursprünglichen Sinn abgeirrt, so reiflos jeder Volkslämlichkeit entleert und ihr alter Inhalt ist so vergiftet, daß man sie am besten rasch und vollständig begräbt.

Heute besteht ein unverkennbarer Drang zur Wiederbelebung der Volksfeste. Man kann geradezu von einer

neuen Volksfestbewegung sprechen und es kennzeichnet nur einmal mehr das starke im Proletariat sich regende Kulturstreben, daß Arbeitervereine und Arbeiterfiedlungen die Träger dieser neuen Bewegung sind. Das vermag nur den Starr vor dem kulturellen Vorwärts- und Aufwärtstreben der Arbeiterklasse die Augen Verschließenden überraschen, denn in vielen Bezirken unserer Kultur ist das Proletariat schon siegreich vorgedrungen. Es sei hier nur an die Wiedererweckung der Volksfeste und der Volkslieder durch die Arbeiterjugend gedacht.

Im Bezirke der Volksfeste stehen wir noch am Beginn. Der Wille allein ist hier noch nicht wegweisend genug. Eine unübersehbare Vielzahl an Schwierigkeiten tut sich da auf und will erst beseitigt werden. Dennoch sind auch hier schon beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen. Wir denken hier besonders der Arbeiterfiedlung von Falkenberg, die auch in diesem Jahre wieder zu einem Volksfest lud und das ganz zweifellos wieder einen schätzbaren Fortschritt gegenüber den früheren Festen bedeutet. Dies nicht zuletzt weil man in sinnreicher Weise das bei den früheren Festen als während empfundene, weil im Freien meist unverstanden sich verflüchtigende Wort auszusprechen verstand und das ganze Spiel als Pantomime anlegte. In welcher Weise wählte man hierzu die Form einer Alimausnahme, ließ die Szenerie von Arbeitern bei jedem Bild umbauen, korrigierte die Darsteller und Darstellerinnen, schimpfte auch mal recht tüchtig mit dem Kurbschaufenbediener und reichte im übrigen Bilder von solch köstlichem, naturlichen Humor aneinander, daß sie auch ohne Erklärung begriffen und belacht wurden. Mehr noch: diese Scherze griffen tief in unsere Zeit hinein. Sie zeigten, wie sich vor Könia Mammon alles, Volk, Polizei, Militär und Justiz benagte, wie in dem wilden Tanz um goldene Kalb jeder einzelne sich einmischte, wie der Dollar von den Schiebern wohlgefällig und beglückt begrüßt von den Arbeitern beflaggt und betrübt verwünscht in heile Höhe steigt, wie dem Proletariat immer neue Steuerlasten aufgebürdet werden, bis es sich zerknirscht gegen seine Bedrücker erhebt, in flammender Empörung das Joch abschüttelt und unter dem Gesange der Internationale das rote Freiheitsbanner hisst.

Dieses letzte Bild allerdings verfiel leider der Zensur des Petrus, der in Ausführung der Exzentrischen Ausnahmeverordnung zum Schutze der Republik mit einem kalten Wasserstrahl ein vorzeitiges Ende des Spiels erzwang. „Regenpause“ verkündeten die Filmregisseure, ihre alte Tante bewahrend, aber so schnell zog der Falkenberger Polizeikommissar seine gefüllten Schläuche nicht ein. Die Menge zerknirscht und selbst der Arbeiterverein „Holsbein“, der natürlich bei der Parade vor Könia Mammon nicht fehlen durfte, bekam Schmalz in die Beine.

Erst gegen Abend sammelten sich die Festbesucher wieder, um sich dann bei Einbruch der Nacht dem durch die in ein glitzerndes Lichtmeer getauchte Gartenstadt auf die Höhe bewegendes Fackelzug anzuschließen, wo nach Gesang und Tanz ein großer Scheiterhaufen abgebrannt wurde, bis sich die Flammen unter dem weithin hallenden gemeinsamen Gesange der Internationale selbst verzehrten.

Alles in allem: ein hübsches Fest mit hübschen Gedanken, zur Freude begeisternd und aufrührerlich, in künstlerischem und anderem Sinne. Auch allenhalben vielleicht aufgetretene Mängel und Unvollkommenheiten konnten den gewaltigen Eindruck nicht verwischen. Das brachte selbst der Jenior Petrus nicht fertig. Im übrigen beruhte sein Eingreifen auf einem Irrtum. An der Spitze des Fackelzuges flatterte eine große schwarz-rot-goldene Fahne...

Wie die Hausbesitzervereine die Behörden dämpfen

Man entsetzt sich noch des Wehklagens, das die Hausbesitzerorganisationen anstimmten, als der Oberpräsident auf Grund einer Anweisung des Wohlfahrtsministers gegen den Beschluß des Magistrats Berlin, vom 1. April ab einen Höchstmietenzuschlag von 120 Prozent für Wohnräume festzusetzen, Einspruch erhoben und 100 Prozent für genügend erachtet hatte. Auf Verreiben der Hauswirte begaben sich der jetzige Direktor des Zentralmietamtes, Affessor Wid, und der ehemalige Verbandsdirektor Steiniger zum Oberpräsidenten und bearbeiteten ihn derart, daß er seinen Einspruch zurückzog. Schon vorher hatte der Bundeshäuptling, Labendorff, um die nötige Zustimmung zu erreichen, die Hauswirte im „Grundbesitzern“ aufgefördert, an den Magistrat keine Hausabgabe zu zahlen und in jedem Falle Stundung nachzusuchen. Gerade unter Hinweis hierauf und auf angebliche große Anzälle erwarteter städtischer Einnahmen aus dem Hausbesitz ließ sich der Oberpräsident bewegen, den Einspruch gegen 120 Prozent zurückzuziehen. In Wirklichkeit

Spiz poppon in Pirmasens!

Für die Ferien! Für die Reise!

Kinder-Hausschuhe aus prima Stoff, mit Kordelschle, in schönen frischen Farben. Besonders preiswert. Grösse 31-35 72,00	Kinder-Halbschuhe zum Schützen, Rindbox, auch R-Chev., z. T. Laekappe und Derbyschnitt, schöne bequeme Form, sehr preiswert, Gr. 25-30 88	Kinder-Sandalen braun la Rindled, stark Ledersohle u. Absatz, Gr. 34-35 225,00, 31-33 198,00, 26-30 169,00, 27-28 149,00, 29-30 129,00, 31-32 109,00
Kinder-Schnürstiefel schwarz echt Chevreau, sehr bequeme breite Form. Aussergewöhnlich billig. 15-21 58	Kinder-Turnschuhe aus grau und schwarz Segeltuch, mit prima Chromledersohle, besonders praktisch. Grösse 31-36 108,-, Oröße 27-30 95	Kinder-Halbschuhe prima weisse Leinen, zum Schützen, mit Derbysohn. Fr. Verarbeitung. Gr. 31-35 188,00, 27-30 168,00, 25-26 158,00, 23-24 138
Kinder-Schnürschuhe in braun, schwarz und weisse Segeltuch, mit angegossener Gummisohle. Spottbilliges Angebot. Gr. 29-35 88,00, 20-28 72	Kinder-Spangenschuhe la weisse Leinen, bequeme breite Form und la weisse Leinen, bequeme breite Form u. Absatz. Gr. 24-26 138,-, 21-22 108,-, 18-20 98	Kinder-Spangenschuhe braun echt Chevreau, bequeme breite Form, vorzügliche Qualität u. Ausfüh. Grösse 25-26 225,00, 22-24 165,00, 18-21 135
Kinder-Halbschuhe mit Spange, aus prima Rindbox, auch R-Chevreaux, mit Absatz. Aussergewöhnlich billig. Grösse 31-35 82,00, 27-30 72	Kinder-Schnürstiefel la weisse Leinen, naturgem. breite Form u. Absatz. Sehr preisw. 31-35 229,-, 27-30 198,-, 25-26 168,-, 23-24 158,-, 20-22 108,-, 18-20 98	Knaben-Schnürstiefel la Rindbox m. Derbyschnitt, mod. runde Form. Aussergewöhnlich billig. Gr. 36-38 375

Stiller

Gewerkschaftliches

Kommunisten in der Praxis

(M.) Einen hübschen Beitrag zur Kennzeichnung der kommunistischen Praxis in den Gewerkschaften und in der Industrie finden wir in der neuesten Nummer des „Sozialistischen Boten“, in der das Protokoll der Generalversammlung der Arbeiter und Angestellten der Staatlichen Fabrik Nr. 4 (ehemals „Promodnik“) vom 19. Mai 1922 veröffentlicht wird. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht über die freie Mitgliedschaft in der Gewerkschaft in Verbindung mit der neuen Wirtschaftspolitik, 2. Bericht über die Aufgaben des (staatlichen) Summitrats. Als erster Berichterstatter sprach der Vertreter des Verbandes der Chemischen Industrie B. S. J. J., der von den Arbeitern verlangte, daß sie ihre Forderungen dem Stande der Produktion anpassen und dafür sorgten, daß die Betriebe der Sowjetrepublik mit dem ausländischen Kapital konkurrieren könnten. Deshalb dürften sie der Gewerkschaftsleitung wegen der jetzt abgeschlossenen Kollektivverträge keine Vorwürfe machen. Nützlichere Kollektivverträge könnten nicht früher als nach einem Jahr abgeschlossen werden, wenn die russische Industrie sich befestigt haben würde. In der Diskussion trat ein Arbeiter dem Referenten entgegen und forderte die Arbeiter auf, nicht die bürokratische „rote“ Gewerkschaft zu unterstützen, die die Interessen der Arbeiter preisgegeben habe, sondern an die Schaffung einer freien unabhängigen Gewerkschaft zu streben.

Als zweiter Berichterstatter trat der Vorsitzende des Staatlichen Summitrats, Murat, auf, dessen Worte hier festgehalten sein mögen:

„Damit die Betriebe ohne Verlust arbeiten — erklärte er — muß ich den Betrieb so leiten, wie früher die Kapitalisten (führende russische Großindustriele. D. Red.) nur mit dem Unterschiede, daß ich ein neuer, roter Kapitalist bin. Ihr müßt einsehen, daß euer Leben in unsern Händen liegt, was wir wollen, werden wir mit euch tun. Will aber jemand von euch Widerstand leisten, so wird er ohne Mitleid hinausgeworfen werden. Ebenso wie die Kapitalisten und vielleicht noch kräftiger wie sie, werde ich euch Arbeiter in die Presse schlagen. Sollten sich aber in eurer Mitte Menschen finden, die ihre Ideen propagieren und Agitation treiben werden, so werden wir kurzen Prozeß mit ihnen machen, wir werden sie alle aufhängen! Ihr müßt auch dann das Maul halten, wenn der Trutz aus diesen oder jenen Gründen nicht die im Kollektivvertrag angeführten Verpflichtungen erfüllen kann. Auf irgendwelche Lohnzulagen könnt ihr vor Ablauf eines Jahres nicht rechnen.“

Nach dieser Rede des kommunistischen Vorsitzenden sprach ein Arbeiter, der darauf hinwies, daß selbst in den schlimmsten Zeiten des Bolschewismus die Unternehmer nicht gewagt hätten, so frech mit den Arbeitern zu sprechen.

Eunuchentum leitender Angestellter!

Eine Vereinigung leitender Angestellter fühlte sich veranlaßt, dem Reichskanzler unter dem 14. Juli folgende „Forderungen“ zu übermitteln: 1. Wir halten die Einmischung der Gewerkschaften ins politische Leben für die gefährlichste politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches für unethisch. Sie widerspricht sowohl dem rein wirtschaftlichen Charakter der Gewerkschaften als auch der Verfassung. 2. Wir verlangen, daß das Monopol der freien Gewerkschaften aufhört, denn es widerspricht ebenfalls der Verfassung. 3. Wir verlangen, daß unsere Gewerkschaft, die die fähigsten Köpfe der Industrie und des Handels in sich faßt, zu allen Verhandlungen und Arbeiten, an denen auf Grund der Verfassung die Gewerkschaften berufen sind, und zu allen Vertretungen der schaffenden Stände in ausreichender Weise ausgesogen und daß ihr der gebührende Einfluß auf die Beschlüsse und Entscheidungen gewährleistet wird.

Obige, in den weitesten Kreisen unbekanntere Vereinigung, die Respekt anpreist, daß sie „die fähigsten Köpfe der Industrie und des Handels in sich faßt“ bezeugt mit ihren sogenannten Forderungen nur, daß das politische Eunuchentum in den Reihen leitender Angestellter zu Hause ist.

Diesen Leuten den „gebührenden Einfluß“ einzuräumen, könnte ihnen so passen, ihnen und ihren Ratgebern zur höchsten Ehre!

Es ist nicht wahr!

Zu unserer Notiz in Nr. 265 wegen Entlassung eines Kino-Angestellten anlässlich der Rathenau-Demonstration sendet uns die Verwaltung der Decca-Biograph-A.G. folgende Verlautbarung:

„Gemäß § 11 des Pressengesetzes bitten wir um Veröffentlichung folgender Verlautbarung bezuglich des Artikels in der Beilage der Nr. 265 der „Freiheit“: Die ausgesprochene Entlassung des „Betriebsrats“ im Humboldt-Theater erfolgte nicht deswegen, weil dieser dem Rufe der Gewerkschaft Folge leisten wollte, sondern weil er am Vortage während der vorgeschriebenen Arbeitszeit ohne Erlaubnis des Geschäftsführers seinen Dienst verließ. Von Nichtanerkennung eines Betriebsrates kann nicht die Rede sein. Der Entlassene war im übrigen nicht mehr Betriebsrat, weil durch die Fusion der Decca-Biograph-A.G. mit der Universum-Film-A.G. die Funktionen sämtlicher Betriebsräte mit Wirkung vom 31. Mai 1922 erloschen sind.“

Es gebührt eine Portion, na sagen wir, Mut dazu, uns mit soich einer „Verlautbarung“ zu befassen. Natürlich war der Entlassene „am Vortage“ während der vorgeschriebenen Arbeitszeit ohne Erlaubnis des Geschäftsführers 5 Minuten weg, um sich aber nur wegen der am nächsten Tage stattfindenden Demonstration mit dem Personal eines in der Nähe befindlichen Kinos zu verhandeln. Deshalb erfolgte der brutale Dinauswurf, mit welchem das Humboldt-Theater-Kino zugleich seine Solidarität mit den Rathenau-Mördern bezeugte, ein Umstand, auf den wir unsere Genossen nachdrücklich aufmerksam machen wollen.

Im übrigen verlohne man uns mit derartigen dummen Verlautbarungen.

Metallarbeiter!

Heute und morgen noch stimmen alle Metallarbeiter bei der Wahl des Bevollmächtigten im Metallarbeiterverband für

Ziska

Freiwillige Wahlhelfer stellen sich dem Zentral-Wahlbüro der Amsterdamer Richtung bei Spiegel, Ackerstr. 1, Telefon Norden 2796, zur Verfügung. Flugblätter sind dort sofort abzuholen!

Jugendliche Metallarbeiter!

Heute und morgen findet die Urwahl des 1. Bevollmächtigten des deutschen Metallarbeiter Verbandes statt.

Wollt ihr, daß auch eure Interessen vertreten werden, so wählt

Liste Ziska!

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Zentrale der Soz. Proletarier-Jugend.

Transportarbeiter!

Am heutigen Sonntag in der Zeit von 9 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. findet in den am Freitag veröffentlichten Lokalen die Wahl der Delegierten zum diesjährigen Verbandstag statt. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich an der Wahl zu beteiligen und sein Wahlrecht auszuüben. Kollegen! Reizt durch zahlreiche Stimmenabgabe, daß ihr Interesse für die wirtschaftliche Interessenvertretung bestimt.

Streik der Graveure — Ziseleure

Die Berliner Graveure und Ziseleure, die unter den Bestimmungen des Reichstarifes arbeiten, streiken seit dem 5. Juli 1922 im Streik, weil von den Unternehmern anlässlich der Reichstarifverhandlungen am 12. Juni 1922 nur 3 Mk. Zulage angeboten, aber von den Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes abgelehnt wurden. Der Spitzenlohn würde demnach Mk. 2,00 betragen. Obwohl die Unternehmer ihre Bundesmitglieder angewiesen haben, trotz unserer Ablehnung die Mk. 3.- Zulage freiwillig zu zahlen, lehnte die gesamte Kollegenchaft das Angebot ab mit dem Hinweis, daß sofort in dringliche Verhandlungen eingetreten werden müßte. Auf eine Aufforderung der Ortsverwaltung Berlin des DMB, an die Unternehmer, dringliche Regelungen der Reichstariffrage für Berlin vorzunehmen, bekamen wir die Mitteilung, daß sie dieses ablehnen. Als Antwort wurde von den Arbeitnehmern fast einstimmig der Streik beschlossen.

An die noch in Arbeit stehenden Kollegen wird appelliert, Nachsicht zu geben, daß kein Kollege in die Gefahr kommt, unbewußt Streikarbeit zu verrichten.

Die Liste der befreiten Firmen ist täglich von 9-1 Uhr vormittags bei der Streikleitung, Kottbuser Straße 19, Restaurant von Bauner, einzusehen.

Trotzdem die Unternehmer das Mittel der schwarzen Listen anwenden, werden die Streikenden nur dann die Arbeit geschlossen aufnehmen, wenn reitlos die Forderungen bewilligt werden.

Kollegen und Kolleginnen, übt Solidarität!

Beendeter Malerstreik

In der am Freitag vormittags stattgefundenen Mitgliederversammlung des Verbandes der Maler berichtigte der Vorsitzende Böger über die letzten Lohnverhandlungen, die vom Haupttarifamt geführt wurden. Die Verhandlungen zerbrachen sich, so daß das Haupttarifamt durch Schiedspruch die Löhne festsetzen mußte. Der Schiedspruch des Haupttarifamtes lautet ab 15. Juli bis 31. Juli auf M. 35.- und ab 1. August bis 15. August 1922 auf M. 36.- pro Stunde.

Daß die Haupttarifamtsentscheidung fast reitlos die Forderungen der Gehilfenchaft erfüllt hat, ist wohl zum großen Teil auf die Nachsicht zurückzuführen, die die Gehilfenchaft sich durch ihren dreiwöchigen Streik errungen hat, der mit einer seltenen Geschlossenheit geführt worden und nicht ohne Eindruck auf die Arbeitgeber blieb. Infolgedessen empfahl der Vorsitzende im Auftrage der Streikleitung und der Funktionäre, die sich mit dieser Angelegenheit

schon vorher zu beschäftigen hatten, die Wiederaufnahme der Arbeit zu beschließen.

Die Abstimmung ergab 1421 Stimmen für den Schiedspruch, 388 Stimmen dagegen und 16 Stimmen ungültig bzw. weiß. Die funktionslose Organisation mit ihren 110 Leuten ließ erklären, daß sie an der Parole, den Generalstreik weiterzuführen, festhalte!

Mit der Mahnung des Vorsitzenden, nun diesen Erfolg des Streiks zu einem dauernden zu machen und in jeder Beziehung organisatorisch und agitatorisch für die Organisation tätig zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

In den Wahlen im Transportarbeiter-Verband. In unserer letzten Nummer auf die Wahl im Transportarbeiter-Verband bezugnehmenden Notiz, die in Vertretung des zuständigen Schriftleiters aufgenommen wurde, teilen wir mit, daß jene Aufforderung zur Wahl der namentlich angeführten Kandidaten nicht vom Verband stammt, sondern aus Parteikreisen stammt. Im übrigen waren uns die Abmachungen nicht bekannt, wonach die Parteizugehörigkeit der Verbandsdelegierten nicht publik gemacht werden sollte.

Sperre von Lichtspieltheatern. Die Filmgesellschaft teilt mit: Die Sperre über die Prater Lichtspiele, Kottbuser Allee, „Puhmann Lichtspiele“ Schönhauser Allee, sowie „Hilmarth Kammeräle“ Berlin SW, Teltower Straße, besteht weiter. Die dort beschäftigten Vorführer wurden anlässlich des Vorführerkreises gemahnt, die Solidarität der Arbeiter und Parteigenossen erfordert einmütige Zurückweisung dieses brutalen Vorgehens. Die Gewerkschaften, sowie Parteioorganisationen machen wir besonders darauf aufmerksam, in dem Prater-Garten keinerlei Veranstaltungen abzuhalten, da dieser dem Besitzer der „Prater-Lichtspiele“ gehört. Arbeiter und Parteigenossen, übt Solidarität!

AM-Mitglieder der Metallindustrie! Die Verbandslagen über Neufestsetzung der Juli-Gehälter finden am Montag, dem 17. Juli 1922, vorm. 11 Uhr, in den Räumen des DMB, nat. Am Mittwoch, dem 19. Juli 1922, abends 7 Uhr, wird in einer im „Großen Saal“ der „Sophien-Halle“ Berlin, Sophienstraße 17/18, stattfindenden AM-Konferenz-Verammlung der Metallindustrie über das Verhandlungsergebnis berichtet werden. Mitgliedsbuch eines AM-Verbandes legitimiert. AM-Bund, Ortspartei Groß-Berlin.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Damentouffektion Mantel, Aufnahme. Ab 1. Juli 1922 kommen auf die Zeitlohne vom 15. Mai 25%, auf die Stücklohne ab 3. Juli gleichfalls 25%, das sind auf den Grundlohn 1150% Zuschlag. Stücklohnträger erhalten ebenfalls 25% Zuschlag, das sind 120% auf den Tarif der Stückträger (abgeschlossen am 6. Februar 1922) geltend ab 1. Juli 1922. — Herrenmachernäher. Das Bärnburger Lohnabkommen ist in Augsburg am 11. d. M. verlängert worden. Die Löhne betragen: ab 16. bis 20. Juli in Klasse I und II pro Stunde 28,50; in Klasse III und V pro Stunde 28,00 M.; ab 20. Juli in Klasse I und II pro Stunde 30,00 M. und in Klasse III und V pro Stunde 29,50 M. Bis zum 12. August d. J. müssen neue Lohnsätze festgesetzt sein.

Gesamtarbeiter-Versammlungen. Für folgende Bezirke und Branchen finden am Mittwoch, dem 19. Juli 1922, zu derselben Zeit und in demselben Lokal, wo die am ersten Mittwoch des Monats stattfindenden Versammlungen tagen, Bezirks- und Branchenvertrauensmännerversammlungen statt, an denen auch die Betriebsräte zu erscheinen haben: Bezirke: Süden, Südost, Südwest und Schönheide, Charlottenburg, Ober-Schönheide, Deutsche Vororte, Osten I, Osten II, Nordost, Norden, Lichterfelde, Nordwest, Braune der: Yaden- und Konturmöbel-Fabrik, Draht- und Poliererei (Bez. Südost), Stodarbeiter, Theater- und Filmtheater, Nordmacher, Bauhilfen I, Kamm- und Drahtschmiedearbeiter, Jalousteinarbeiter, Küchenmöbelarbeiter. Tagesordnung wird in den Versammlungen bekanntgegeben. Reiflos erscheinen aller Vertrauensmänner und Betriebsräte ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

Buchbinder! Die streikenden Kolleginnen und Kollegen der reinen Buchbinderen und Briefumschlagbetriebe finden sich am Montag, dem 17. Juli, vorm. 10 Uhr, in den Kammerfälen, Teltower Str., in einer großen Versammlung zusammen. Streikliste legitimiert! Dieselbe wird am Eingang des Saales abgehängt. So daß an diesem Tage die Streiklokale nicht zu besuchen sind. Die Streikleitung.

Streik auf der Danziger Werft. Gestern vormittag haben auf der Danziger Werft auf Grund der Gewerkschaften die Zimmerer, Tischler und Kupfermeister die Arbeit niedergelagt. Nachmittags werden auch die Maschinenisten und Heizer ihre Arbeitshäuten verlassen. Die Gesamtzahl der in den Kundstand getretenen Arbeiter beträgt rund 600. Da infolge des Ausscheidens dieser Arbeiterkategorien eine Fortführung des Werftbetriebes unmöglich geworden ist, hat die Verleitung des Betriebes der Danziger Werft heute Mittag 1 Uhr vollständig geschlossen und alle übrigen Arbeiter, etwa 300, entlassen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Haug, Berlin; für den Anzeigenenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Hammerstein, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimer, e. G. m. b. H., Berlin, Wilhelmstraße 70.

herausgegeben von:

Jogal **Sicht,** **Grippe,** **Rheuma,** **Herzschuß,** **Ischias,** **Nervenschmerzen.**

Jogal mild die Schmerzen und hebt die Spannung aus. In allen Fällen wirksam. — Bestandteile: Acet. salic. 0,400%, Chinin. 12,0%, Lithium. ad 100 Anhydrid. — Ausführliche Prosdüre gratis und franco. Fabrik Pharmacia, München 27.

Nutze dein Herdfeuer!

Backobst mit Kartoffelkloß

Ist zwar etwas anspruchlos,
Aber nahrhaft und gesund!
Bis die Klöße fest und rund.
Gut Persil*) zu gleicher Zeit
Wacker seine Schuldigkeit.

*) Persil, das selbsttätige Waschmittel reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.



Saison-Ausverkauf
Beginn Montag, den 3. Juli.

Kornspun	375	Tuch	1500 1550 1600 550
Covercoat	475 1050	Wollstoffe	2250 1550 450 350
Selben	675 690 475	Strickjacken	1150 850 675 450
Wollmantel	1150 875 750	Mäntel	300 250
	525 350 450	Läden	Capas 450 250 195

Spezialität: Extra-walton und Längen Damen-Strickjacken-Krimmer u. große Damen-Winter-Mäntel, Seel-Piloch-Mäntel, Kälte-Jacken, Mäntel.

M. Mosczytz, Landsberger Str. 59 am Alexanderplatz, 1 Troppa, Berlin E. Sonnabend und Sonntags geschlossen.

Damen-Wäsche

Handgestickte Hemden
 schöne Muster
195⁰⁰ 295⁰⁰ 375⁰⁰
 Handgestickte Nachthemden
 schöne Muster
450⁰⁰ 575⁰⁰ 750⁰⁰
 Handgestickte Garnituren
 Hemd und Beinkleid passend
750⁰⁰ 850⁰⁰ 950⁰⁰
 Sommer-Morgenröcke
 frische Formen
195⁰⁰ 350⁰⁰ 450⁰⁰
 Drell-Korsetts
 gut sitzende Formen, mit Halter und Garnierung
75⁰⁰ 95⁰⁰ 135⁰⁰



Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Größte Auswahl in

Coupé- und Bahnkoffern

aus echten Rohrplatten, Pappelholz, Sperrplatten und Rindleder
 in nur erstklassigen Ausführungen

Schrankkoffer in neuesten Modellen

Lederwaren

Geldscheintaschen aus Leder..... **24⁰⁰ 36⁰⁰ 48⁰⁰**
 Besuchstaschen echt Leder..... **65⁰⁰ 75⁰⁰ 90⁰⁰**

Einzelpaare in schwarzen und braunen
Herren-, Damen-Stiefeln u. -Schuhen
 zu ganz besonders billigen Preisen

Jumper u. Blusen

Baumwollene Kimonobluse
 aus gepunktetem Musselin
69⁰⁰
 Panama-Blusenhemd
 mit 2 Täschen und Perlmutterknöpfen
108⁰⁰
 Voile-Kimonobluse
 gesticktes Vorderteil und mit Perlmutterknöpfen
149⁰⁰
 Voile-Jumper
 in weiss und farbig, reizend garniert
165⁰⁰
 Voll-Voile-Kimonobluse
 mit verschieden farbiger Handstickimitation
285⁰⁰
 Kunstseiden-Jumper
 mit aparter Stickerei, helle und dunkle Farben
425⁰⁰

Handschuhe 59⁵⁰
 für Damen, Leinwand, 12 Kn.
Handschuhe 79⁵⁰
 für Damen, Seide, glatt, 2 Druckkn.

Täglich Neuaufnahmen
LEIHBIBLIOTHEK
 Reiseabonnement

Verkauf von Ullstein-
SCHNITTMUSTER
 Leipziger Strasse, Alexanderplatz

Schirme für Damen **175⁰⁰**
 haltbare Qualität, mit Futteral
Schirme für Damen **350⁰⁰**
 Neuheit, moderne Ausführung

Vorzügliche Küche,
 wohlgepflegte Biere
 bei Musik u. Gesang
 bietet das
Heim d. Berliner Arbeiterschaft
„Gewerkschaftshaus“
 Engel-Ufer 25

Zum Limmofun
 liefert Süßholz allerbeste Dienste. Er ist billig sein ohne Nebenbestand, bequem zu verwenden, billig und bestmöglich. Eine H-Dudung, 120 M., enthält bei Süßholz von 1 Pfund Zucker. Erhältlich in Kolonialwaren, Drogerien und Apotheken.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin A 54
 Linienstr. 63-65
 Geschäftszeit
 von vormittags 9 bis nachm. 4 Uhr
 Telefon:
 Ami Norden 633, 634, 635, 636
 Am Montag, den 17. Juli 1922, abends 7 Uhr,
Vollversammlung
 der Juniorschmiede, in der Schulaula Rappentplatz.
 Tagesordnung:
 1. Bericht von der letzten Versammlung vom 12. d. M.
 2. Tageslohn.
 3. Branchenanliegenheiten.
 4. Verschiedenes.

Weibliche Vertrauensleute!
 Konferenz am Dienstag, den 18. Juli, abends 6 Uhr, im Verbandsbüro, Dinnertstr. 83/85, Sigmundhaal.
 Tagesordnung:
 1. Verhandlungsgegenstände.
 2. Berichtlesen.
 Die Ortsverwaltung.
Wahrung:
 Öffentlichenversammlungen.
 Montag, den 17. Juli 1922, abends 7 Uhr, bei Tamm, Schlegelstr. 9
Versammlung
 sämtlicher Anwaltsvereine und Rechtsanwälte.
 Tagesordnung:
 Die Situation in unseren Betrieben. Eine Mitteilungschrift. Die Kommunitätsmitglieder obiger Branches treffen sich pünktlich um 5 1/2 Uhr in demselben Lokal.
 Die Ortsverwaltung.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“
 e. G. m. b. H.
 Die Fortsetzung der
Generalversammlung
 findet am Montag, den 17. Juli 1922, abends 6 Uhr
 im Großen Saal des Gewerkschaftshauses, Berlin SO. 10, Engel-Ufer 15, statt.
 Der Aufsichtsrat:
 I. V. L. A. Oskar Witzke.

Ganz kein Preisanschlag!
 auch auf
Wanzen Leihbibliothek
 bietet Ihnen an die
 Sammlungen der Bekleidungs-
 Industrie, Alexandrinenstraße 116
 um nachmitt. 12 Uhr, 12 Uhr.

Meine Herren!
 Einen wirklich guten Anzug
 Mantel oder Sofa kaufen Sie
 zu weit rückfälligen Preisen
Große Auswahl
 Gelegenheiten der Bekleidungsindustrie
 Alexandrinenstraße 116
 nachmitt. 12 Uhr - 12 Uhr.

Botenfrauen
 bei hohen Löhnen verlangt
Spezialion
Wutzky, Choriner Str. 68
 Charlottenburg, Wall-Str. 4

Konferenz
 der Vertrauensleute und Betriebsräte
 der Metallindustrie, Montag, 10
 bis 11.
 Tagesordnung:
 Bericht der Tarifkommission.
 Dienstag, den 18. Juli 1922, nachmittags 4 Uhr,
Branchenversammlung
 aller in der Metallindustrie be-
 schäftigten Arbeiter in der Schul-
 aula Rappentplatz.
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Tarifkommission.
 2. Branchenanliegenheiten.
 3. Verschiedenes.
 Eine Mitteilungschrift sein Jurist.
Wahrung:
 Gewerbe - Steuert.
 Dienstag, den 18. Juli 1922,
 abends 6 Uhr, im Alexanderplatz,
 Alexanderstr. 37a, Saal 1.
Außerordentliche
Branchenversammlung
 aller Kollegen und Kolleginnen, die
 unter den Bestimmungen des Metall-
 tarifs arbeiten.
 Tagesordnung:
 1. Bericht von der Weiblichengruppe
 vom 17. Juli 1922.
 2. Ausdrücke über unsere Streit.
 3. Berichtlesen.
 4. Verschiedenes - Erhalten unbedingt
 notwendig.
 Dienstag, den 18. Juli 1922,
 abends 6 Uhr,
Branchen-Versammlung
 der Einrichter und Reibler in der
 Schulaula Rappentplatz.
 Tagesordnung:
 1. Wie weit wird die Metalltariffrage
 gehandelt?
 2. Branchenanliegenheiten.
 3. Verschiedenes.

Alle Seifenhändler
 decken ihren Bedarf
 in Toiletseifen, in Kernseifen,
 in Fußseifen, Seifenpulver usw.
 im Seifenlager
Emerich A. Salgo,
 N 54, Lothringer Straße 38, Hof
 Fernsprecher: Norden 1976.

Zahngelisse! Platin, Gold,
 Silbersach., Quecksilb., Stannolpap.
 Zinn! Glühstrumpfacke kauft z. hoh.
 Pr. Edelmet.-Einkaufsb., Weberstr. 31

Hermann Engel

Landsberger Straße 85, 86, 87

Schlußwoche des
Großen Inventur-Ausverkaufs

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen!

Jetzt ist gerade der richtige Augenblick, um Ihren Bedarf bei uns noch billig in allen
 Abteilungen unseres Hauses zu decken; darum zögern Sie nicht, warten Sie nicht,
 überlegen Sie nicht, sondern kommen Sie, wenn irgend möglich, schon in
 den frühesten Vormittagsstunden, und Ihre Mühe wird reichlich belohnt werden.

Damen-Rockbeinkleider m. Klapp-
 einsteck u. Ansatz M. 189,50 **149,75**
Prinzedr. m. Stickereiverzierung
 M. 369,50, 347,50 **316,50**
Unterarmen mit Stickerei **29,75**
Farb. Trikot-Damenschlüpfer **66,50**
 M. 94,75, 72,50
Bunte Trikot-Herren-Garnituren
 weiß, lil., grau und blau
 M. 287,50, 259,50 **238,50**
Herr.-Mako-Einsatzhemd
 M. 156,50, 182,50 **129,50**
Weißer Trikot-Jünglingshemden
 mit weißem Piqueinsatz
 Gr. 2, 3, 4, durchschüttlich **165,00**
Schw. Musselin-Strümpfe **18,50**
 M. 31,50, 28,50, 24,50
Farbige Seidenflorstrümpfe **98,50**
 M. 125,-, 112,50
Schwarze u. farbige kunstseidene
Damenstrümpfe **137,50**
 198,50, 187,50, 180,-
Schwarze Trikot-Badeanzüge
 70 80 90 cm
75,- 90,- 98,50
 100 110 cm
115,- 120,-
Prima Drell-Handtücher
 gesäumt u. gebündelt, M. **46,50**
Wischtücher 60x80 cm, M. **29,75**
Pollertücher M. 6,40 **4,20**

Kleider
 Serie I: Waschkleid . . . 198,- M.
 II: Ausverkauf
 III: Woll - Musselin
 Kleid . . . 498,-
 IV: Woll, weisse, Voile
 Kleid . . . 346,-
 V: Voile-Kleider, weisse
 und farbig . . . 398,-
 VI: Voile-Kleider, weisse
 und farbig . . . 608,-
 VII: Voile-Kleider, weisse
 und farbig . . . 798,-
Mäntel
 Serie VIII: Staub- und
 Regenmäntel 498,- M.
 IX: Doppel-
 Wäntel . . . 498,-
 X: Covertcoat-
 Mäntel . . . 498,-
Kostüme
 Serie XI: Donegal-
 Kostüme . . . 875,- M.
 XII: Donegal-
 Kostüme . . . 937,50
 XIII: marine blaue
 Chev.-Kostüme 1998,-
Röcke
 Serie XIV: Praktische
 Kleider Röcke 198,- M.
 XV: Praktische
 Kleider Röcke 198,-
 XVI: hellfarbige
 Waschröcke 398,50
Wintermäntel
 Serie XVII: Winter-
 jacken . . . 298,- M.
 XVIII: Winter-
 mäntel . . . 358,-
 XIX: Wintermäntel,
 feinst. Flauch 998,-

Wollmusselin 80 cm breit **89,50**
 Meter M.
Voile 100 cm breit, entworfen-
 de Muster, M. 129,00 **89,50**
Blusen-Zephir in schönem
 breitem Druck- **52,50**
 muster, M. 78,00
Sportbluse aus Perkal- u.
 Zephir-Stoffen **225,00**
Weisse Waschlinsen aus Ia Voll-
 schmackvolle er Aus-
 führung . . . M. 450,00 **298,00**
Wollene Jumper 350,00 **198,50**
Herrenstoffe in guter Qual.
 650,00, 395,00 **350,00**

Künstlergarnituren, 2 Schals
 engl. Tüll, 1 Quer-
 behang, M. 800,00, **398,00**
 420,00
Halbstores, engl. Tüll,
 Etamine M. 540,00, **190,00**
 298,00
Bettdecken, ein- u. zweifellig
 engl. Tüll u. Erbs-
 tüll . . . M. 975,00, **360,00**
 625,00
Schlafdecken u. Wolldecken
 M. 450,00, 135,00 **98,00**
Läuferstoffe, reine Ware
 70 u. 90 cm breit,
 M. 185,00, 90,00 **86,00**
Tischdecken, Tuch, Leinen u.
 Gobelin M. 650,00, **190,00**
 825,00

Platin-, Gold- u. Silberbruch
 Zahngelisse, Uhren, Ketten, Ringe
 sowie
Altmetalle kaufen zu
Engrospreisen
Roseneck, Berlin O.,
 Schreinerstraße 32 (Laden)
 1 Min. v. Hbf. Frankf. Allee, Fahr-
 geldverg. Gr Absatz f. Händler.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Norden
Einladung
 zur ordentlichen Mitgliederversammlung
 am 22. Juli 1922, 4 Uhr nachmittags,
 im Arbeiterhaus in Berlin, Friedrich-
 hof-Platz 5, - Kreisstadthaus.
 Tagesordnung:
 1. Wahl des Vorstands und Be-
 zugsung von zwei Beisitzern (1 Ar-
 beitgeber- und 1 Arbeitnehmerver-
 treter) sowie Ernennung eines
 Schriftführers.
 2. Rendite der 88 20 und 111 der
 2. Sitzung.
 3. Verschiedenes.
 Die Herren Mitgliedsmitglieder
 werden zur Teilnahme an dieser
 Sitzung ergebenst eingeladen.
 Berlin, den 14. Juli 1922.
 Neubauer, Vorsitzender.

Hellanstalt
 für inn. u. äuß. Krankheiten, Nervosität,
 Mag.- u. Verdauungsschwäche, Mattigkeit,
 Angstgefühl, Kopf- u. Rückenschmerzen,
 Herz-, Nier-, Leber- u. Gallenleiden, Haut-, Harn-
 u. Frauenleiden, Syphilis, schnellschmerzli. Bhdli.
Untersuchung und Beratung kostenlos.
G. Andres, Invalidenstr. 147
 I. Etage.
 Sprechstunden 9-4 u. 3-8.

Garderobe
 auf bequemste Teilzahlung
Herren - Damen -
 Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüm,
 Paletots, Ulster Röcke, Kleider,
 Gute Ware, solide Preise,
 - grosse Auswahl -
M. Beiser, Lothringer Str. 67

Werbt für unser Blatt!

Warum sind wir so billig?!

weil unsere alten Abschlüsse noch laufen

Herren-Anzüge
 neueste Form, elegante Farben
 2800,- 2700,- **950⁰⁰**
 1950,-, 1600,-
Arbeitskittel für
 Friseur, Schlichter, **260⁰⁰**
 Monteur von
Hosen gestr. 950,- **348⁰⁰**
 798,-, 398,-
Hosen einf. 448,- **298⁰⁰**
 340,-
Lüsterjacken **298⁰⁰**
 540,-, 450,-
Sportjoppen **375⁰⁰**
 Ia verarb., Ia Stoff v.
Sportthosen Breeches,
 tadellos in **498⁰⁰**
 Form und Sitz **750,-, 550,-**
Arbeitsjoppen **248⁰⁰**
 298,-, 235,-
Einsatzhemd **165⁰⁰**
 220,-, 195,-
Monteuranzüge blaue **298⁰⁰**
 418,- 318,-

Unterwäsche und Arbeitskleidung konkurrenzlos billig!
 1. Geschäft:
Kottbuser Damm 73
 Ecke Lenastrasse
 nahe Hermannplatz
2. Geschäft:
Frankfurter Allee 7
 neben Tietz



Beachten Sie unsere Schaufenster!